

PAUKOS



Clemens Ronnefeldt und Dr. Franz Alt, Redner beim Ostermarsch 2024 in Mannheim

Foto: Archiv Clemens Ronnefeldt

Inhalt u.a.

Henrik Peitsch

PAUKOS im Gespräch mit Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg!

GEW Landesverband Niedersachsen

Kultusetat reicht nicht aus, um Lehrkräftemangel zu beheben

GEW KV OS-Stadt

Jahreshauptversammlung 2024 mit Wahlversammlung – 25. März 2025

GEW Bund

„Investitionen in die Qualität der frühkindlichen Bildung nötig“

Kita-Stadtelternerat Osnabrück

Positionierung des Osnabrücker Kita Stadtelternerats

zum Thema Fachkräfte/ Fachkräftemangel

Henrik Peitsch im Gespräch mit Dr. Rainer Schiemann

**Sind Lehrkräfte nur gehorsame Staatsdiener oder
gilt für sie auch das Recht auf „zivilen Ungehorsam“ im Dienst?**

Jochen Hensel

Mein letzter Flug nach Nicaragua vom 23.04. bis 30.05.2024

Inhalt	Seite
Henrik Peitsch PAUKOS im Gespräch mit Clemens Ronnefeldt, Referent für Friedensfragen Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg!	3
GEW Landesverband Niedersachsen Kultusetat reicht nicht aus, um Lehrkräftemangel zu beheben	10
GEW KV OS-Stadt Termine: Jahreshauptversammlung 2024 mit Wahlversammlung – 25. März 2025	11
DGB/Hans-Böckler-Stiftung Atlas der digitalen Arbeit	11
GEW Bund Investitionen in die Qualität der frühkindlichen Bildung nötig	12
DGB Ausbildungsmarkt droht eine Krise – Handlungsbedarf für Arbeitgeber	13
GEW KV OS-Stadt Gesprächskreis GEW-Lehrkräfte	13
Kita-Stadtalternrat Osnabrück Positionierung des Osnabrücker Kita Stadtalternrats zum Thema Fachkräfte/ Fachkräftemangel	14
Henrik Peitsch im Gespräch mit Dr. Rainer Schiemann Sind Lehrkräfte nur gehorsame Staatsdiener oder gilt für sie auch das Recht auf „zivilen Ungehorsam“ im Dienst?	17
GEW KV OS-Stadt Fest der Kulturen am 15. September 2025 – Ansteck-Buttons für den Frieden!	20
Statistisches Bundesamt Teilzeitquote bei Lehrkräften auf 42,3 % im Schuljahr 2022/23 gestiegen	20
GEW KV OS-Stadt Ehrung unserer Jubilare am 24. September 2024 440 Jahre Mitgliedschaft in der GEW	21
Karolinska Institut Solna/Schweden Stellungnahme zum Vorschlag der schwedischen Bildungsbehörde für eine natio- nale Digitalisierungsstrategie für das Schulsystem 2023-2027	22
Jochen Hensel Mein letzter Flug nach Nicaragua vom 23.04. bis 30.05.2024	23
Lektüreempfehlungen	24
Henrik Peitsch Zu guter Letzt	26
Impressum	27

*Wir wünschen allen Kolleginnen und Kollegen
sowie allen anderen Leserinnen und Lesern
alles Gute für das Jahr 2025!*

Der Kreisvorstand der GEW Osnabrück-Stadt

PAUKOS im Gespräch mit Clemens Ronnefeldt¹

Frieden ist mehr als die Abwesenheit von Krieg!

Henrik Peitsch

Lieber Herr Ronnefeldt, Sie sind seit 1981 in der Friedensbewegung engagiert. Einige Leserinnen und Leser werden sich noch daran erinnern, es ging damals um die Stationierung der Cruise-Missile-Raketen im Hunsrück und Pershing-Raketen in Mutlangen. Von 1986 bis 1992 waren Sie ehrenamtlicher Sprecher der katholischen Friedensbewegung Pax Christi im Bistum Mainz, seit 1992 bis heute Friedensreferent beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes. Dies sind jetzt nur zwei Beispiele für Ihren Einsatz in der Friedensbewegung. Seit 2002 nahmen Sie auch an verschiedenen Friedensdelegationen teil, die Sie u.a. auch nach Israel, Palästina und deren Nachbarländer führten. Welche Gründe haben Sie bewegt, sich in der Friedensbewegung so stark zu engagieren?

Ich bin Jahrgang 1960. Wenn ich mit meinem Vater durch die Straßen meiner Heimatstadt Osthofen in Rheinhessen gegangen bin, habe ich ihn gefragt: Warum hat dieser Mann kein Bein – oder diese Frau keinen Arm? Seine Antwort war: Das sind „Kriegsversehrte“. Die Bilder dieser „Kriegsversehrten“ haben tief in mir eingebrannt, weil sie den Schrecken des Krieges zeigten noch lange nach dem Krieg. Mein Vater, Jahrgang 1925, wurde an seinem 17. Geburtstag von den Nazis abgeholt und wenig später nach einer Grundausbildung in die Ukraine geschickt. Er hat rund 40 Jahre gebraucht, um mir zu erzählen, was er dort – schwer verwundet – erlebt hat.

1976 erhielt ich mein Einberufungsschreiben und stand vor der Frage: Wehrdienst oder Zivildienst? In vielen Gottesdiensten hatte ich die biblischen Botschaften gehört: „Du sollst nicht töten. Liebet eure Feinde. Tut Gutes denen, die euch hassen. Selig die Friedensstifter“. Das erschien mir als vernünftiges Lebens-Programm, um Gewaltspiralen zu durchbrechen. Zwei evangelische Pfarrer haben mich auf die Gewissensprüfung beim



Foto: Archiv Clemens Ronnefeldt

Kreiswehrrersatzamt vorbereitet. Ich berichtete bei der Gewissensprüfung von unseren Fahrten nach Frankreich, dem langjährigen Erbfeind der Deutschen, dass ich dort Freunde gefunden habe, was zeige, dass aus Feinden Freunde werden können – und ich auf andere Menschen niemals schießen und diese töten könnte.

1979 war das Jahr des „Nato-Doppelbeschlusses“, der einige Jahre später mit der Aufstellung von Mittelstreckenraketen des Typs „Cruise Missiles“ in Hasselbach im Hunsrück und der Aufstellung von Pershing-Raketen im schwäbischen Mutlangen verbunden war. Nach meinem Zivildienst 1979 bis 1981 begann ich in Mainz mit dem Studium der Philosophie und Theologie und schloss mich der katholischen Friedensbewegung Pax Christi an, wurde Sprecher einer Friedensgruppe an der Hochschulgemeinde in Mainz und nach meinem Wechsel an die Philosophisch-Theologische Hochschule der Jesuiten in Frankfurt im Jahre 1984 ASTA-Referent für Friedensfragen.

Ab dieser Zeit unterstützte ich bei Besuchen in Mutlangen oder Hasselbach immer wieder die dortigen Friedensaktivitäten, weshalb ich auch 1986 nach dem Studium und einer Diplomarbeit über die Hoffnung beschloss, in die Nähe von Hasselbach zu ziehen. Die Tatsache, dass unser langjähriger intensiver Protest 1987 zum Abzug dieser Waffen durch den INF-Vertrag mit dem generellen Verbot landgestützter Mittelstreckenraketen zwischen Russland und den USA führte, zeigte mir, dass Friedenshandeln im Kleinen mit langem Atem und vielen anderen Menschen weltweit zusammen politisch weitreichende Ergebnisse haben kann. Rüstung tötet auch ohne Krieg, weil

¹ Clemens Ronnefeldt ist Referent für Friedensfragen beim deutschen Zweig des Internationalen Versöhnungsbundes, c.ronnefeldt@t-online.de, www.versöhnungsbund.de – Spendenkonto für die Arbeit des Versöhnungsbund-Friedensreferates: GLS-Bank: IBAN: DE40 4306 0967 0033 6655 00 BIC: GENODEM1GLS



*Clemens Ronnefeldt im Gespräch mit Kardinal Reinhard Marx in München beim Festakt 75 Jahre Pax Christi
Foto: Archiv Clemens Ronnefeldt*

diese jährlich mehr als zwei Billionen US-Dollar weltweit verschlingt, die zur Verringerung des Hungers auf der Erde oder der Abwendung der Klimakatastrophe fehlen. Rüstung und Krieg beschleunigen erheblich die Klimakrise – warum wir uns als Menschheit weder Krieg noch Hochrüstung weiterhin leisten können, wenn wir gemeinsam überleben wollen.

Wenn Sie auf die Zeit zurückblicken, welcher Konflikt hat bei Ihnen einen besonderen Eindruck hinterlassen?

Im April 2002 war ich auf dem Höhepunkt der Eskalation der zweiten Intifada, was arabisch „Abschütteln“ – gemeint ist die Besatzung – bedeutet, zum ersten Mal mit einer internationalen Friedensdelegation des Internationalen Versöhnungsbundes mit sechs Vertreter*innen aus sechs Ländern in Israel und Palästina. Mehrere weitere Besuche folgten, in denen wir Friedens- und Menschenrechtsgruppen auf beiden Seiten besucht haben, über deren Arbeit ich in Schulen, Kirchengemeinden, Volkshochschulen, Akademien und Universitäten in den vergangenen Jahrzehnten berichtet habe. Die innere Stärke von Menschen auf beiden Seiten des Konfliktes, die sich weigern, Feinde zu sein, beeindruckt mich bis heute.

Die dramatischen Ereignisse seit dem völkerrechtswidrigen Überfall auf die Ukraine und das Massaker der Hamas in Israel im Oktober des letzten Jahres hat die Hoffnung auf ein friedliches Leben in Europa zunichte gemacht. Wir Europäer haben nun sehr deutlich erfahren, dass internationale Vereinbarungen auch den Frieden in Europa nicht garantieren, weltweite Spannungen auch in

Europa militärisch ausgetragen werden können. Sie haben sich ja mit vielen Konflikten auseinandergesetzt. Worin unterscheiden sich die beiden aktuellen Kriege voneinander?

Im Nahostkonflikt gibt es zwei Narrative, die häufig in sich geschlossen erzählt werden. Immer wieder habe ich in Israel diese Sätze gehört: Wir sind ein kleines Volk von rund sieben Millionen Menschen, umringt von rund 300 Millionen feindlich gesinnter Muslime. Wir haben mehr als 2000 Jahre Geschichte der Verfolgung erlebt, wurden als Jesus-Mörder, Brunnenvergifter und Geldeintreiber beschimpft. In der Shoa wurden sechs Millionen Menschen jüdischen Glaubens ermordet. Wir brauchen einen sicheren Ort auf der Welt – in unserer alten Heimat, wo das jüdische Leben nie ganz erloschen ist.

Es waren die Araber, die den UN-Teilungsplan 1947 nicht angenommen haben. Nicht nur rund 700 000 Araber sind 1947/48 geflohen, auch rund eine Million Menschen jüdischen Glaubens mussten die arabische Welt verlassen. Die arabische Seite hat mehrere Versuche unternommen, uns ins Meer zu treiben – wäre sie nur einmal erfolgreich gewesen, würde es heute Israel nicht mehr geben.

Wir haben im Jahre 2000 den Südlibanon verlassen; was haben wir bekommen? Raketen der Hizbollah im Krieg 2006. Wir haben 2005 den Gazastreifen verlassen und rund 7000 Menschen jüdischen Glaubens umgesiedelt; was haben wir bekommen? Raketen des islamischen Jihad und der Hamas, die bis heute in ihrer Charta nicht bereit ist unser Existenzrecht anzuerkennen.

Ohne den Bau der Mauer und des Sicherheitszaunes wären die Selbstmordattentate nach 2002 weitergegangen. Wir werden uns nie wieder zur Schlachtbank führen lassen. Wenn wir nicht stark sind, werden wir nicht überleben. Der Antisemitismus wächst weltweit. Israel bleibt als Rückzugsort unsere Lebensversicherung.

In den palästinensischen Gebieten habe ich häufig diese Sätze gehört: Wir sind die Opfer von Opfern. Wer hat der UN-Teilungsplan-Kommission das Recht gegeben, unser Land 1947 aufzuteilen und noch dazu so ungerecht bezüglich des Wassers und des Landes: Lediglich 44% für uns und 55% für die jüdische Seite - obwohl wir so viel mehr Menschen damals waren? Der Antisemitismus war ein europäisches Problem.

Warum hat Europa die Frage einer Heimat für verfolgte Jüdinnen und Juden nicht dort gelöst, wo sie entstanden ist, sondern auf unserem Rücken? Warum werden UN-Resolutionen so unterschiedlich gehandhabt und die UN-Resolution 194 mit dem Recht der Rückkehr unserer Vertriebenen der Nakba (arab.: Katastrophe) oder der UN-Resolutionen 242 zur Beendigung der Besatzung nicht umgesetzt, so wie die Besatzung Kuwaits durch Irak 1990 bereits 1991 beendet wurde?

Warum darf die israelische Besatzungsmacht tausende unserer Häuser zerstören? Wieso nimmt es die internationale Gemeinschaft hin, dass Tausende Palästinenserinnen und Palästinenser in israelischen Gefängnissen eingesperrt sind, teilweise misshandelt und gefoltert werden, darunter sogar Kinder, wie doch öffentlich in den Berichten von Amnesty International nachzulesen ist?

Wann bekommen auch wir endlich einen Staat oder zumindest im Rahmen einer israelisch-palästinensischen Föderation einen Raum, wo wir ohne Besatzung und permanente Menschenrechtsverletzungen in Würde leben können?

Es wird doch immer offensichtlicher, dass Israel nach den Golanhöhen auch das Westjordanland annektieren möchte! Wann endet unser Albtraum endlich?

Der Nahostkonflikt ist ein asymmetrischer Konflikt, bei dem die Internationale Gemeinschaft ein erheblicher Teil des Problems ist durch ihre Unterlassungen als Makler bei einer für beide Seiten fairen Konfliktlösung.

Der Ukraine-Russland-Konflikt hat eine lange Vorgeschichte, die Günter Verheugen und Petra Erler in ihrem Bestseller „Der lange Weg zum Krieg“ beschrieben haben.

Der Ukraine-Krieg begann bereits 2014 nach dem Sturz der Regierung Janukowitsch in Kiew und den Kämpfen im Donbass, die zu mehr als 13 000 Toten schon vor dem völkerrechtswidrigen russischen Angriff am 24.2.2022 geführt haben.

In einer Studie 2014 schrieb ich zusammen mit Andreas Buro und Karl Grobe unter dem Titel „Kooperation statt Konfrontation“, dass die Ukraine prädestiniert ist, eine Brückenfunktion zwischen Ost und West zu spielen – und dass das Land zerstört, wer es zwingt, entweder mit dem Osten oder dem Westen zu gehen.

Ende März 2022 hätte der Krieg nach etwa einem Monat durch Verhandlungen in Istanbul zu Ende sein können. Sowohl die ukrainischen wie die russischen Unterhändler hatten sich verständigt: Die Ukraine akzeptiert ihre politische Neutralität. Im Gegenzug erhält sie eine völkerrechtliche Garantie zur Umsetzung des blockfreien und atomwaffenfreien Status.

Die Ukraine verpflichtet sich dazu, keinem Militärbündnis beizutreten, keine ausländischen Militärstützpunkte oder -kontingente zu stationieren und internationale Militärübungen nur mit Zustimmung von Garantiestaaten durchzuführen.

Offene Fragen im Zusammenhang mit der Krim und Sewastopol sollten innerhalb von 15 Jahren durch bilaterale Verhandlungen zwischen der Ukraine und Russland gelöst werden. Modalitäten für einen Waffenstillstand, den Rückzug der russischen Besatzungstruppen, humanitäre Korridore und den Austausch der Leichen sowie die Freilassung von Kriegsgefangenen wurden ebenfalls vereinbart.

Ein persönliches Treffen des ukrainischen und russischen Präsidenten, um einen entsprechenden Vertrag zu unterzeichnen und politische Entscheidungen über die noch offenen Fragen zu treffen, war ebenfalls vorgesehen.

Der damalige britische Premier Boris Johnson hat Anfang April 2022 bei seinem Besuch in Kiew geraten, es solle keine Einigung mit Russland geben, solange die Ukraine nicht die Oberhand habe



Kristina Bulling, Stiftung „Die Schwelle“, und Clemens Ronnefeldt im Bremer Rathaus bei der Verleihung des Internationalen Bremer Friedenspreises 2022 für das Engagement als „Botschafter des Friedens“
Foto: Archiv Clemens Ronnefeldt

und dass die Ukraine gegenüber Russland keine Zugeständnisse machen solle, was die Regierung in Kiew dann auch nicht tat, sondern auf Waffen für eine Sommeroffensive wartete.

Im April 2022 wurden Gründe für die Ablehnung dieser Istanbul-Vereinbarung bei einer Konferenz auf dem US-Stützpunkt Ramstein aus Sicht der US-Regierung deutlich, als US-Verteidigungsminister Austin davon sprach, Russland über den Ukraine-Krieg hinaus schwächen zu wollen – und dass sich die US-Regierung auf eine jahrelange Auseinandersetzung mit Moskau vorbereitet.

Spätestens seit dieser Konferenz ist der Ukraine-Krieg nicht nur ein Aggressionskrieg der Regierung Putin, die ein anderes Land brutal überfallen hat und dabei die Charta von Paris sowie das Budapester Memorandum verletzt hat, sondern auch ein Stellvertreterkrieg zwischen USA und Russland, der auf dem Rücken der Ukraine ausgetragen wird – und bei dem der Juniorpartner Chinas – nämlich Russland – in erheblichem Maße militärisch und bezüglich seiner Armee auch personell geschwächt wird. Auf dem Rücken der Ukraine wird eine neue Weltordnung ausgehandelt, bei

der NATO und die G7-Staaten künftig weniger Einfluss – und die BRICS-Staaten, in denen knapp die Hälfte der Weltbevölkerung lebt, mehr Einfluss haben werden.

Auch wenn vor allem Sicherheits- und Identitätsfragen im Mittelpunkt des Konfliktes stehen: Auch die Frage die Bodenschätze in der Ukraine – im Donbas lagern die größten Lithiumvorkommen Europas –, spielen bei der Suche nach einer Konfliktlösung eine Rolle. Riesige landwirtschaftliche Flächen in der Ukraine sind von ausländischen Investoren gelaest oder aufgekauft.

Kriege führen auch zur Weiterentwicklung der Waffentechnologien. Eine neue Stufe ist der sogenannte „Drohnenkrieg“. Auch die Entwicklung taktischer Atomwaffen gehört dazu. Führt diese Entwicklung neuer Waffen nicht dazu, dass Konflikte dann eher mit Waffen statt mit Diplomatie ausgetragen werden? Man kann dann mit weniger Menschen Krieg führen und gezielter aus dem Hinterland gegen zivile Einrichtungen wie Infrastruktur und auch gegen die Zivilbevölkerung vorgehen.

Beide Entwicklungen sehe ich mit größter Sorge. Der Krieg zwischen Armenien und Aserbaidschan im Herbst 2020 war der erste, der durch Drohnen von Aserbaidschan gewonnen wurde. Es war der gleiche Drohnentyp, den die Türkei auch an die Ukraine verkauft hat – und der bereits von der Ukraine im Herbst 2021 im Donbas – in Verletzung des Minsker Abkommens – eingesetzt wurde. Die Bundesregierung hat 2018 von der israelischen Regierung Heron-TP-Drohnen gelaest. Deutsche Soldaten wurden in den letzten Jahren an diesen Drohnen ausgebildet – bis zum Überfall von Hamas und anderer palästinensischer Gruppen aus dem Gazastreifen am 7.10.2023. Aus Solidarität mit Israel, so erklärte Verteidigungsminister Pistorius, überließ die Bundesregierung diese Drohnen den israelischen Streitkräften, die diese sowohl über dem Gazastreifen wie auch über dem Libanon eingesetzt haben. Ob der Leasingvertrag in Höhe von etwa einer Milliarde Euro von Deutschland weiterbezahlt wird, ist unklar. Die Zielauswahl sowohl für bewaffnete Drohnen als auch andere Waffensysteme erfolgt bei den israelischen Streitkräften KI-gesteuert und dauert nur wenige Sekunden. Dabei wird bei jeder Entscheidung auch die Tötung einer größeren Zahl von zivilen Personen in Kauf genommen.

Die US-Regierung setzt Drohnen in mehreren Ländern Asiens und Afrikas ein – und hat dabei inzwischen mehrere Tausend unschuldige zivile Opfer in Kauf genommen. Dies ist ein unhaltbarer völkerrechtswidriger Zustand, den Deutschland durch Druck auf die US-Drohnen-Kommandostelle in Ramstein zur Beendigung dieser völkerrechtswidrigen Einsätze verhindern könnte.

Zur Frage der taktischen Atomwaffen:

In den letzten Jahren zeigt sich ein Besorgnis erregender Trend hin zur Verkleinerung von Atomsprenköpfen und deren Zerstörungskraft. Dies wiederum erhöht meines Erachtens die Gefahr ihres Einsatzes, weil Regierungen, die über sie verfügen, leichter in Versuchung geraten könnten, diese einzusetzen im Glauben, dass die Zerstörungen lediglich lokal erfolgten – und damit eine Eskalation sich eingrenzen lasse. Ich halte dies für einen höchst gefährlichen Trugschluss. Der Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag, für den die Organisation ICAN den Friedensnobelpreis erhalten hat, ist überfällig.

Die Verbreitung von Bedrohungsszenarien, Angst, Hass und Vernichtungsfantasien gehören bei den

Aggressoren zu einem Mittel der Kriegsführung. Wie schätzen Sie eine diplomatische Lösung für diese beiden Konflikte - Ukraine und Nahost - ein? Die Vereinten Nationen sind in beiden Fällen durch das Votum Russlands gelähmt, oder?

Die Vereinten Nationen sind so stark, wie die Staaten, die sie finanzieren, der UNO Handlungsfähigkeiten ermöglichen. Eine Reform des US-Sicherheitsrates ist überfällig, wird aber auch in den nächsten Jahren kaum umsetzbar sein, weil die Atomwaffenbesitzenden Veto-Staaten nicht bereit sind, ihr Veto-Privileg aufzugeben. Es gibt aber auch andere zielführende Wege: Die UNO-Vollversammlung kann zwar keine dem Sicherheitsrat gleichwertigen bindenden Beschlüsse fassen, dennoch sind dort mit großer Mehrheit beschlossene Entscheidungen durchaus von erheblicher Relevanz.

Zu beobachten ist, dass das Wort „völkerrechtswidrig“ in den letzten Jahren sehr viel häufiger benutzt wird als zuvor – und nicht nur im Zusammenhang des russischen Angriffskrieges. Etliche Staaten halten damit im Bewusstsein, dass es das Völkerrecht und eine UN-Charta gibt, die nach Artikel 2, Absatz 4, die Androhung und den Einsatz von zwischenstaatlicher Gewalt verbietet.

Zur Frage einer diplomatischen Lösung des Ukraine-Krieges: Nach der Ukraine-Konferenz in der Schweiz im Juni 2024, wo sich die Länder trafen, welche die Ukraine unterstützen, ist eine zweite Konferenz im Gespräch, zu der auch Russland eingeladen werden soll – und bei der Ort und Zeit noch offen sind. Ende des Jahres 2024 ist die Ukraine in einer äußerst kritischen Lage, weil es kaum noch einsatzfähige Soldaten im Land gibt – und ein harter Winter bevorsteht.

Mitte November 2024 erteilte die Regierung von Joe Biden der ukrainischen Regierung die Erlaubnis, mit Raketen größerer Reichweite auch Ziele im russischen Hinterland treffen zu können. Die russische Seite schoss daraufhin erstmals eine Rakete mit Mehrfachsprengköpfen auf die Ukraine, die auch atomar bestückt werden kann. Der zurückgetretene Nato-Generalsekretär Stoltenberg hat die ukrainische Regierung im Oktober 2024 zu Verhandlungen aufgefordert, die auch Gebietsverluste beinhalten könnten – woraufhin die Aktienkurse von Rheinmetall und weiteren Rüstungskonzernen deutlich an Wert verloren.

Die Vermittlung hin zu einem Waffenstillstand traue ich aktuell weniger dem UN-Generalsekretär als einigen nationalen Regierungen zu: Indien, Brasilien, Südafrika, Türkei. Dabei werden die Konfliktparteien vermutlich eine Mischung aus chinesischem und italienischem Friedensplan sowie den Ergebnissen der Istanbul-Konferenz Ende März 2023 zur Grundlage nehmen.

Neben der Suche nach der großen Waffenstillstandslösung möchte ich auch die Wichtigkeit von Friedens-Bemühungen bei uns in Deutschland betonen

Kriegsdienstverweigerer aus Russland, Belarus und der Ukraine, die sich dem Ukraine-Krieg verweigern und deswegen nach Deutschland geflohen sind, droht in vielen Fällen die Abschiebung. Die Bundesregierung ist daher aufzufordern, diesen Zustand zu beenden und das internationale Recht auf Kriegsdienstverweigerung aus Gewissensgründen anzuerkennen.

Geflüchtete aus der Ukraine in Deutschland können beim Erlernen der Sprache, bei Behördengängen und bei der Suche nach Arbeit unterstützt werden.

Seit dem russischen Überfall unterstütze ich meine in der Ukraine lebende Kollegin Anna Turkulova bei der Durchführung von Trauma-Seminaren, die von zwei in Traumatherapie ausgebildeten Personen im Raum Lwiw durchgeführt werden.

Zum Nahost-Krieg: Perspektiven für eine Lösung der Israel-Palästina-Frage bietet unter anderem das Buch von Omri Boehm, „Israel – eine Utopie“. Ich sehe, wie Omri Boehm und viele andere, dass eine Zweistaatenlösung durch den Siedlungsbau in der Westbank im wahrsten Sinne des Wortes verbaut ist. In einer Einstaat-Lösung, bei der jede volljährige Person gleiches Stimmrecht hätte, würde in absehbarer Zeit die palästinensische Seite zahlenmäßig die Mehrheit haben – und den Präsidentenposten besetzen wollen, was aus israelischer Sicht keine annehmbare Zukunftsvision darstellt.

Eine Konföderation mit einem gemeinsamen Staatsgebiet, wie Omri Boehm sie skizziert, wird vermutlich als einzige Lösung verbleiben. Dabei können israelisch-palästinensische Friedens-Gruppen wie



Anna Turkulova, Deutschlehrerin in der Ukraine, die Kriegsoffern im Auftrag des Versöhnungsbundes Traumaseminare im Raum Lwiw ermöglicht, mit Clemens Ronnefeldt – Bildnachweis: Archiv Clemens Ronnefeldt

„Standing together“, „Combatants for Peace“ oder „Trauernde Eltern“, ebenso das gemeinsame Dorf „Neve Shalom – wahat al-Salam“ (Oase des Friedens) als Modell einer israelisch-palästinensischen Koexistenz eine wichtige Rolle spielen.

Die Wahl des neuen US-Präsidenten Donald Trump erschwert die Suche nach einem Ausweg der Gewalt im Nahen und Mittleren Osten erheblich. Sein Jahrhundertplan aus seiner ersten Amtszeit verschärfte den Konflikt. Donald Trump wird deutlich stärker die israelische Politik unterstützen als sein Vorgänger Joe Biden – und vermutlich auch vor einer Unterstützung eines israelischen Großangriffs auf Iran nicht zurückschrecken.

In der öffentlichen Diskussion sind in Bezug auf beide Konflikte sehr unterschiedliche Meinungsbilder entstanden. Die Konfliktlage in der Ukraine führte in Teilen der Gesellschaft auch zu einem merkwürdigen Relativismus, indem man den Angriffskrieg Russlands als Folge einer vermeintlich falschen Politik der EU und der NATO darstellte. Kritik am militärischen Vorgehen der israelischen Regierung als Folge auf den Überfall wird vor-

*schnell als antisemitisch gekennzeichnet. Werden diese Konflikte im Kontext mit anderen Krisenerfahrungen bei der nächsten Bundestagswahl die Bürger*innen noch stärker dazu bewegen, ihre Stimme nicht den etablierten Parteien zu geben?*

Zum Ukraine-Krieg habe ich in sehr vielen Interviews, Artikeln und Vorträgen immer wieder betont: Es gibt keine Rechtfertigung für einen völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf ein anderes Land. Auch die Nato-Osterweiterung, die ich von Anfang an für einen Fehler gehalten habe, ebenso die Fehler der EU im Vorfeld der Nicht-Unterzeichnung des EU-Assoziierungsabkommens 2014, können in keinsten Weise den Völkerrechtsbruch durch die russische Regierung begründen.

Bezüglich des Nahost-Konfliktes wünschte ich mir, dass es in Deutschland und darüber hinaus weltweit möglich wäre, sowohl mit den Angehörigen der Toten und Verletzten auf israelischer Seite wie auch mit den Angehörigen der Toten und Verletzten auf palästinensischer Seite zu trauern. Die Freilassung der israelischen Geiseln, die Einstellung des Raketenbeschusses aus dem Gazastreifen, aus dem Libanon, aus Jemen und Iran auf Israel und das Ende aller Menschenrechtsverletzungen seitens der israelischen Armee und der Siedlerbewegung im Gazastreifen, in der Westbank, ebenso die Einstellung der Bombardierungen der israelischen Streitkräfte im Libanon, Jemen, Syrien, Irak und Iran zu fordern, gehört für mich zusammen.

Berechtigte Kritik an der israelischen Regierung Netanyahu hat nichts mit Antisemitismus zu tun. Die Anfang November im Bundestag beschlossene Antisemitismus-Resolution, die sich auf eine von mehreren – und noch dazu höchst umstrittene Definition beruft, was „Antisemitismus“ ist, halte ich für den weiteren politischen Diskurs für verheerend. Diese Resolution wird auch die Arbeit von Friedens- und Menschenrechtsgruppen in Israel wie B'Tselem oder HaMoked noch schwerer machen.

Natur oder Kultur? Sind wir von Natur aus eher gewaltbereit oder ist uns die Friedfertigkeit durch die Zivilisation (Kultur) abhandengekommen?

„Im Grunde gut. Eine neue Geschichte der Menschheit“ heißt ein Bestseller des Historikers und Journalisten Rutger Bregman. Ich stimme ihm zu. In vielen Seminaren hatte ich das

Glück, Marshall B. Rosenberg zu erleben – und ich stimme auch ihm zu: Wenn unsere Grundbedürfnisse erfüllt sind, macht es uns glücklich, wenn wir zum Wohlergehen anderer Menschen beitragen können. Gewalt ist für mich unter anderem die Folge von Angst und Ungerechtigkeit – sowie nicht erfüllter Elementar-Bedürfnisse.

Ist die Friedensbewegung noch eine Form einer zivilgesellschaftlichen „Protestbewegung“? Ist nicht zu befürchten, dass die Konflikte zu einer neuen „Militarisierung“ der Politik führen, und es keinen Widerstand der Zivilgesellschaft gibt? Wir dem neuen Diktum der „Kriegstüchtigkeit“ gehorchen und höhere Militärausgaben widerspruchsfrei akzeptieren, sogar auf Kosten der Sozialleistungen?

Bei Ostermärschen zum Beispiel bringen verschiedene Friedensgruppen und Organisationen in Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Kirchen immer noch viele Tausend Protestierende gegen Aufrüstung und für Abrüstung, gegen Kriegstüchtigkeit und für Friedensfähigkeit, gegen Rechtsruck und für soziale Gerechtigkeit auf die Straße. Die Aufstellung neuer US-Mittelstreckenraketen in Deutschland, die mit relativ kurzer Vorwarnzeit Zentren in Russland erreichen können, erhöhen die Kriegsgefahr – ebenso wie die in Kaliningrad stationierten russischen Raketen oder die neuen russischen Mittelraketen. Sicherheit kann in internationalen Beziehungen nicht gegeneinander erreicht werden, sondern in Verhandlungen nur gemeinsam. Das Wort von der „Kriegstüchtigkeit“ des Verteidigungsministers steht in Spannung zum Vorwort des Grundgesetzes, das zum Frieden verpflichtet, ebenso wie der 2+4-Vertrag oder die UN-Charta.

„Jedes Gewehr, das produziert wird, jedes Kriegsschiff, das vom Stapel läuft, jede Rakete, die abgefeuert wird, bedeutet letztlich einen Diebstahl an denen, die Hunger leiden und nicht mit Nahrung versorgt werden“, sagte Dwight D. Eisenhower (1890 -1969), der 34. Präsident der USA. Diesem Satz ist wenig hinzuzufügen.

Lieber Herr Ronnefeldt, vielen Dank für das Gespräch – Das Gespräch wurde am 15.11. geführt!

GEW

**Die erste Adresse,
wenn es um Bildung geht.**

Informationen aus dem Landesverband Niedersachsen**GEW:****Kultusetat reicht nicht aus, um Lehrkräftemangel zu beheben**

Die GEW Niedersachsen begrüßt den im Kultusetat 2025 vorgesehenen Zuwachs an Lehrkräften im Land. „Die 2.460 Stellen decken allerdings nur den unbedingt notwendigen Bedarf an Lehrerinnen und Lehrern, von wirklicher Entspannung kann angesichts eines Zuwachses von landesweit 19.000 Schülerinnen und Schülern keine Rede sein“, sagt der GEW-Landesvorsitzende Stefan Störmer zum geplanten Etat der rot-grünen Landesregierung.

12.12.2024

Hannover – Die GEW Niedersachsen vermisst, dass zusätzliche Mittel für eine Lehrkräfte-Ausbildungsreform fehlen. Nach den Worten des GEW-Landesvorsitzenden müsse sich die Landesregierung die Frage gefallen lassen, wie sie langfristig den Bedarf an neuen Lehrkräften decken will, ohne in die Gewinnung und Ausbildung zu investieren. „Um langfristig den Personalbedarf an den Schulen zu decken, müssen mehr Menschen für das Studium des Lehramts motiviert und die Abbruchquote in der gesamten Ausbildungsphase deutlich minimiert werden“, macht Störmer deutlich.

„Das Berufsbild Lehrkraft wieder attraktiver zu machen, ist aus Sicht der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft Kernaufgabe der Landesregierung. Auch daran muss sie sich messen lassen“, so Störmer. Kritisch betrachtet die GEW zudem das Auslaufen der rund 2.400 Startklarstellen zum Jahresende. „Die Schulen brauchen diese Kräfte. Wir fordern die Landesregierung auf, für qualifiziertes Personal zu sorgen“, sagt der Landesvorsitzende. „Die Devise beim Thema Bildung muss lauten: nicht kleckern, sondern klotzen“, betont Störmer.

Auch im Bereich der Wissenschaft sieht die GEW Niedersachsen dringenden Handlungsbedarf. „Angesichts der schwierigen Wohnsituation von Studierenden findet es die GEW Niedersachsen äußerst bedauerlich, dass im Etat des Wissenschaftsressorts nicht mehr finanzielle Mittel und Möglichkeiten zur Verfügung gestellt werden“, erklärt die stellvertretende Landesvorsitzende Sabine Kiel.

„Die Studierendenwerke, die mit ihren Wohnheimen an den Hochschulen dazu beitragen, dass Studierende bezahlbare Unterkünfte finden, müssen dauerhaft und nachhaltig vom Land unterstützt werden“, so Kiel. Dies sei besonders wichtig für Erstsemester. Die Landesregierung müsse deutlich mehr dafür tun, um bezahlbaren Wohnraum für Studierende in ganz Niedersachsen zu schaffen.

Zuversichtlich zeigt sich die GEW Niedersachsen in Bezug auf die Gemeinsame Wissenschaftskonferenz (GWK). „Wir hoffen darauf, dass sich die Zusammenarbeit von Bund und Ländern verbessert“, betont Kiel.



LabourNet Germany

Rüstungsexporte aus Deutschland nach Israel seit dem 7. Oktober 2023 fast verzehnfacht – prioritär bearbeitet und beschieden

„Deutschland hat bis Anfang November dieses Jahres deutlich mehr Rüstungsexporte nach Israel genehmigt als im Vorjahr. Der Wert der Waren stieg von 32 auf 303 Millionen Euro. Der Großteil wurde seit Kriegsbeginn bewilligt. (...)...“

<https://www.labournet.de>

Termine

Mittwoch, 25. März 2025 – 18:00 bis 21:00 h

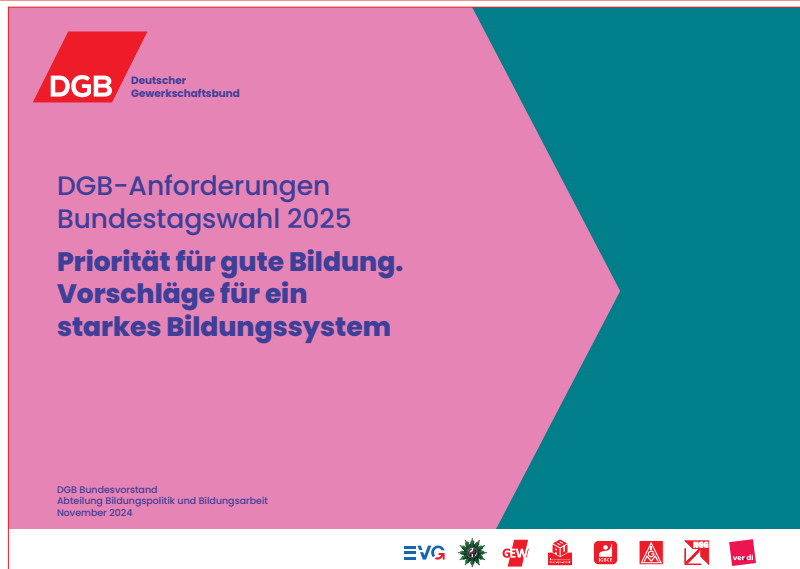
Jahreshauptversammlung 2024 mit Wahlversammlung

Gastreferent: Stefan Störmer, Landesvorsitzender der GEW Niedersachsen

„Gute Bildung braucht gute Politik: Zukunft der Bildung – Bildung der Zukunft in Niedersachsen“

Hans-Böckler-Raum – Gewerkschaftshaus – August-Bebel-Platz 1

Die Einladungen werden zeitnah verschickt!



<https://www.dgb.de/service/weiterer-service/downloadcenter/?filter=category-positionsapier>



Atlas der digitalen Arbeit

Daten und Fakten über die Beschäftigung der Zukunft

Die Arbeit- und Betriebswelt befindet sich in einer rasanten digitalen Transformation. Homeoffice und Digitalisierung der Arbeitsabläufe ermöglichen mehr Freiheiten und schnellere Abläufe. Gleichzeitig fördern sie auch größere Überwachung der Arbeitnehmer*innen und entgrenzte Arbeitszeiten. Die Gewerkschaften begleiten diesen Wandel im Sinn der Beschäftigten, damit Digitalisierung nicht in den Chefetagen entschieden wird.

Notwendigkeit politischer Regulierung der Plattformökonomie

Der Atlas der digitalen Arbeit widmet sich den vielfältigen Themen und Fragen der digitalen Transformation der Arbeitswelt. Er blickt auf verschiedene Branchen wie Auto, Chemie und Pharma, aber auch die Pflege und die öffentliche Hand. Er zeigt die Trends der Digitalisierung auf und blickt auf den Stand der Mitbestimmung im digitalen Kapitalismus. Mit Blick auf die Plattformökonomie zeichnet der Atlas die Notwendigkeit politischer Regulierung von Arbeitsbedingungen, Bezahlung und sozialer Absicherung der Beschäftigten in der Branche....



<https://gegenblende.dgb.de>

GEW Bund – Pressemitteilung**GEW: Investitionen in die Qualität der frühkindlichen Bildung nötig**

Bildungsgewerkschaft zum Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme: „Fachkräftemangel stellt Kitas vor massive Herausforderungen“

4.12.2024

Frankfurt a.M. – Die Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) warnt vor den gravierenden Auswirkungen des Fachkräftemangels und fordert dringend den Ausbau der strukturellen Qualität in der Kindertagesbetreuung. „Die Belastung der Fachkräfte in den Kitas ist enorm. Immer mehr Erzieherinnen und Erzieher arbeiten in Teilzeit oder verlassen das Berufsfeld. Das gefährdet die Qualität der Betreuung. Es ist offensichtlich: Wir brauchen nicht nur mehr Fachkräfte, auch die Arbeitsbedingungen müssen massiv verbessert werden, um den gesellschaftlichen Anforderungen an die frühkindliche Bildung gerecht zu werden“, sagte Doreen Siebernik, GEW-Vorstandsmitglied Jugendhilfe und Sozialarbeit, am Mittwoch in Frankfurt a.M. mit Blick auf das Ländermonitoring Frühkindliche Bildungssysteme der Bertelsmann Stiftung. Die Daten zeigten einen dramatischen Rückgang der Fachkraftquote in den Kitas: Nur noch jedes dritte Kita-Team könne überwiegend auf Fachkräfte mit einschlägiger Qualifikation zurückgreifen, im Vergleich zu mehr als 40 Prozent im Jahr 2017. „Dies ist eine erhebliche Bedrohung der Qualität der frühkindlichen Bildung“, betonte Siebernik.

„In dieser Situation Debatten zu befeuern, die das Ziel haben, auf dem Rücken der Fachkräfte eine De-Professionalisierung in Gang zu setzen, ist keine Lösung“, unterstrich Siebernik. „Wir wehren uns dagegen, wenn durch die Hintertür versucht wird, die wichtige und qualitativ hochwertige Arbeit der Beschäftigten abzuwerten.“ Die GEW-Expertin schlug den Verantwortlichen in Bund, Ländern und Kommunen vor, die frühkindlichen Bildungsstrukturen konsequent auszubauen: „Es ist ein kritischer Moment erreicht. Nicht ausgebildetes Personal in Kitas einzusetzen, darf nicht zur dauerhaften Praxis werden. Wir brauchen jetzt eine langfristige Strategie, um die Fachkraftquote und die Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen zu verbessern.“

Besonders besorgniserregend seien die fehlenden Kitaplätze. Der Fachkräftemangel verschärfe die Situation zusätzlich. Schon 2025 könnten mehr als 429.000 Familien ihren Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz nicht einlösen. „Wir müssen jetzt handeln, sonst riskieren wir, das Vertrauen der Familien in das Bildungssystem zu verlieren. Jeder Euro, der nicht in gute Bildung investiert wird, wirkt sich langfristig negativ auf unsere Gesellschaft aus“, sagte Siebernik. Deshalb müssten mehr Fachkräfte gewonnen und bundeseinheitliche Qualitätsstandards für die frühkindliche Bildung, die den Anforderungen einer modernen Gesellschaft entsprechen, eingeführt werden. Nur so sei Chancengleichheit für alle Kinder sicherzustellen.



<https://www.medico.de/podcast>

Ausbildungsmarkt droht eine Krise – Handlungsbedarf für Arbeitgeber



12.12.2024

Das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) hat heute die Ausbildungsmarktbilanz für das Jahr 2024 veröffentlicht. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack äußerte sich am Donnerstag in Bonn besorgt über die anhaltenden Herausforderungen auf dem Ausbildungsmarkt:

„Die rückläufige Zahl der neu abgeschlossenen Ausbildungsverträge ist ein deutliches Alarmzeichen. Im Jahr 2024 ist die Zahl der neuen Ausbildungsverhältnisse um 0,5 Prozent zurückgegangen. Damit vergrößert sich die Lücke zur Zeit vor der Corona-Pandemie auf 38.000 Ausbildungsplätze. Die schwache Konjunktur und Pläne zum Stellenabbau werden wahrscheinlich den Ausbildungsmarkt weiter in Mitleidenschaft ziehen. Wenn Unternehmen jetzt nicht ihre Verantwortung für Ausbildung ernst nehmen, ist der Fachkräftemangel auch in Zukunft vorprogrammiert.“

Von den 720.000 ausbildungsinteressierten Jugendlichen im Jahr 2024 konnten nur 67,6 Prozent eine Ausbildung beginnen. Besonders problematisch ist der Anstieg der jungen Menschen, die weiterhin auf der Suche nach einem Ausbildungsplatz sind. Erstmals seit 2 Jahren übersteigt ihre Zahl die der unbesetzten Ausbildungsstellen. Viele junge Menschen, die dringend als Fachkräfte benötigt werden, finden nach wie vor keinen Ausbildungsplatz – auch sie verdienen eine echte Chance auf einen erfolgreichen Start ins Berufsleben.

Insgesamt haben fast 2,9 Millionen junge Menschen im Alter von 25 bis 34 Jahren keine abgeschlossene Ausbildung. Um hier wirksam gegenzusteuern, braucht es nicht nur mehr betriebliche Ausbildungsplätze, sondern auch deutliche Verbesserungen am Übergang zwischen Schule und Beruf. Dazu gehören eine verlässliche, individuelle Berufsorientierung und starke Jugendberufsagenturen. Zudem muss die kürzlich eingeführte Ausbildungsgarantie verbessert werden, damit flächendeckend alle jungen Menschen profitieren, die auf dem Ausbildungsmarkt leer ausgehen.“

Hintergrund zur Ausbildungsgarantie

Die Ausbildungsgarantie trat am 1. April 2024 in Kraft, doch der gesetzliche Anspruch auf eine außerbetriebliche Ausbildung besteht nur in Regionen, in denen die regionalen Arbeitsagenturen zusammen mit den Sozialpartnern eine Unterversorgung an Ausbildungsplätzen anerkannt haben. Leider gibt es diesen Anspruch in weniger Regionen als nötig, da die Kriterien dafür zu streng ausgelegt werden. Besonders junge Menschen in Ballungsräumen, ohne Schulabschluss oder mit Migrationshintergrund haben schlechtere Chancen auf einen Ausbildungsplatz. Gerade für sie benötigen wir eine umfassende, flächendeckende Ausbildungsgarantie.

Gesprächskreis GEW-Lehrkräfte

Im November des letzten Jahres haben wir alle Kolleg*innen, die 2024 in die GEW eingetreten sind, zu einem Begrüßungsgespräch in das Lokal Don Luis eingeladen. Wir werden nun für den März zu einem weiteren Gespräch einladen. Zu diesem zwanglosen Austausch laden wir auch alle interessierte Lehrkräfte. Die Einladung erfolgt zeitnah.



ich weiß bescheid
ich bin für #klimaschutz
ich gestalte mit

www.klimalab-os.net



Klima
Lab.os

Paul Samuel Weißheim - Klasse 4b
Grundschule am Schölerberg



Kita-Stadtelternerat Osnabrück

Linda Wellmeyer (1. Vorsitzende)
 Laura Resing (2. Vorsitzende)
 Marco Witzmann (stellv. Vorsitzender)

Positionierung des Osnabrücker Kita Stadtelternrats zum Thema Fachkräfte/Fachkräftemangel

Was sind eigentlich Fachkräfte? Und warum bedarf es einer Positionierung des Kita-SER? Der sogenannte Fachkräftecatalog im NKitaG §9 regelt, wer als pädagogische Fachkraft in einer Kindertagesstätte arbeiten darf. Diese Entscheidung liegt bei den einzelnen Ländern. Pädagogischen Fachkräften obliegt die Förderung der Kinder in Kindertagesstätten. Ihnen kommt daher eine Schlüsselrolle bei der Gestaltung von pädagogischen Beziehungen zu.

Der Kernberuf in der frühkindlichen Bildung ist die staatlich anerkannte Erzieherin/ der staatlich anerkannte Erzieher. Dies macht bereits ein Blick in die Zahlen deutlich: Diese Berufsgruppe macht 64% des pädagogischen Personals aus (vgl. Autorengruppe Fachkräftebarometer 2023, S. 34). Der Arbeitsmarkt in der frühkindlichen Bildung gilt insgesamt als dynamisch, expandierend und arbeitnehmerfreundlich (vgl. Autorengruppe Fachkräftebarometer 2023). In den vergangenen 10 Jahren ist die Zahl des pädagogischen Personals in Kindertageseinrichtungen um 51% gestiegen (destatis 2024, PM Nr. 004). Mit über 840.000 Tätigen (pädagogisch und nicht-pädagogischem Personal) gelten Kindertageseinrichtungen als personell größter Bereich der Kinder- und Jugendhilfe (Autorengruppe Fachkräftebarometer 2023). Bundesweit gibt es jedoch mehr offene Stellen als arbeitslos gemeldete Fachkräfte in den Sozial- und Erziehungsberufen (KJH-Report 2024, S. 251ff). Derzeit ist daher auch die Rede von einem Fachkräftemangel in der frühkindlichen Bildung, Erziehung und Betreuung. Anlass der Positionierung waren politische Diskussionen und Gesetzesvorlagen zur Flexibilisierung in der Personalplanung, bspw. indem pädagogische Assistenzkräfte anstelle von pädagogischen Fachkräften eingesetzt werden oder indem von einer verpflichtenden dritten Kraft in Krippengruppen abgesehen werden kann. So hat sich die SPD Landtagsfraktion Niedersachsen und Bündnis 90/Die Grünen im Landtag von Niedersachsen in ihrer Pressemitteilung vom 11. April 2024, mit Bezug zum Gesetzentwurf vom 09.04.2024 (Drucksache 19/3990) zur Reform des Kitagesetzes für eine Flexibilisierung bei der Personalplanung in den Einrichtungen und für Handlungsspielräume in den Randzeiten ausgesprochen.

Grundlegende Position des Kita-SER Osnabrücks

"Gute pädagogische Beziehungen bilden ein Fundament dafür, dass Leben, Lernen und demokratische Sozialisation gelingen."

Reckahner Reflexionen zur Ethik pädagogischer Beziehungen

Unsere Kinder haben ein Recht auf einen Kindertagesstättenplatz. Sie haben aber auch ein Recht auf verlässliche und vertrauensvolle Beziehungen in pädagogischen Kontexten, in denen ihre Bedürfnisse wahrgenommen und erfüllt werden.

Zugleich stehen wir Eltern vor dem Spagat, unserer Verantwortung im Beruf gerecht zu werden und müssen Familie und Beruf für die finanzielle Absicherung vereinbaren. Es ist daher ein legitimes Interesse der Eltern, ihrem Beruf nachgehen zu können.

Als Eltern müssen wir unseren beruflichen Verpflichtungen nachgehen, aber auch dafür Sorge

tragen, dass es unseren Kindern gut geht. Wir können dies nur, wenn wir sicher gehen können, dass unsere Kinder während unserer Arbeitszeit bestmöglich versorgt sind.

Je jünger die Kinder sind, desto vulnerabler und schutzbedürftiger sind sie. Dieser Grundsatz gilt auch vor den legitimen Betreuungsinteressen der Eltern.

Deshalb wollen wir für unsere Kinder das am besten ausgebildete und qualifizierteste Personal. Junge Kinder verbringen einen großen Teil ihres Tages in institutionellen Settings. Dort sollen sie Anerkennung, Wertschätzung, Sicherheit, Teilhabe, Partizipation, Selbstwirksamkeit und Bildung erfahren. Wir möchten, dass Kindertagesstätten als Bildungseinrichtungen im Vordergrund stehen, in denen gute und feinfühlig-pädagogische Beziehungen gepflegt werden. Es ist wichtig, dass Politik genügend strukturelle und personelle Ressourcen zur Verfügung stellt, damit dies gelingen kann.

Erziehungs- und Bildungspartnerschaft ist eine bedeutsame Aufgabe, die Eltern und Pädagog:innen gemeinsam erbringen, um die Kinder in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Daher sprechen wir uns auch bei anhaltendem Fachkräftemangel gegen eine Reduzierung oder Aufweichung von Qualitätsstandards aus.

Als Kita-SER Osnabrück wünschen wir uns generell von Seiten der Politik, kurz-, mittel- und langfristig die Interessen und Bedürfnisse der Kinder in den Blick zu nehmen und an diesen die Qualität der Kindertageseinrichtungen auszurichten. Alle politischen Akteure sollten sich an den Kinderrechten orientieren und danach fragen, ob das Wohl des Kindes in ihren Entscheidungen vorrangig Berücksichtigung findet (UN-Kinderrechtskonvention Artikel 3).

Literatur

Autorengruppe Fachkräftebarometer (2023): *Fachkräftebarometer Frühe Bildung 2023. Weiterbildungsinitiative Frühpädagogische Fachkräfte*. Bielefeld.

Autorengruppe Kinder- und Jugendhilfestatistik (2024): *Kinder- und Jugendhilfereport 2024. Eine kennzahlenbasierte Analyse mit einem Schwerpunkt zum Fachkräftemangel*. Opladen, Berlin, Toronto: Verlag Barbara Budrich. Online verfügbar unter <https://shop.budrich.de/produkt/kinder-und-jugendhilfereport-2024/>. Zuletzt geprüft am 15.04.2024.

Statistisches Bundesamt (Destatis) (2024): *Pressemitteilung Nr. N004 vom 24. Januar 2024*. Online verfügbar unter *Kita-Betreuung: 51 % mehr pädagogisches Personal im März 2023 als zehn Jahre zuvor - Statistisches Bundesamt*. Zuletzt geprüft am 14.04.2024.

Prengel, A.; Heinzl, F.; Reitz, S.; Winkelhofer, U. (2017): *Reckahner Reflexion zur Ethik pädagogischer Beziehungen*. Hrsg. v. Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin; Deutsches Jugendinstitut e. V., München; MenschenRechtsZentrum an der Universität Potsdam;

Rochow-Museum und Akademie für bildungsgeschichtliche und zeitdiagnostische Forschung e.V. an der Universität Potsdam. *Reckahn: Rochow-Edition*.

Niedersächsische Kultusministerium (2023): *Ausbildungswege und Quereinstiege in die niedersächsische Erzieherinnen-/Erzieherausbildung*. Online verfügbar unter https://www.mk.niedersachsen.de/startseite/schule/unsere_schulen/berufsbildende_schulen/ausbildung_als_erzieherin_erzieher/die-ausbildung-als-erzieherinerzieher-6476.html. Zuletzt geprüft am 15.04.2024.

NDR (2024): *SPD und Grüne wollen mehr Verantwortung für Hilfskräfte in Kitas*. Sendung: *Hallo Niedersachsen* vom 12.04.2024 um 19:30Uhr.

GEW
Die erste Adresse,
wenn es um Bildung geht.



Kita-Bericht 2024

des Paritätischen Gesamtverbandes



Die Einschätzungen zu den Arbeitsbedingungen von 1.760 Kindertageseinrichtungen aus dem gesamten Bundesgebiet wurden mit der aktuellen Umfrage erfasst. Die aus den Umfragen gewonnenen Erkenntnissen zu Bedarfen und Belastungen von Kindertageseinrichtungen geben wertvolle Hinweise zu den bestehenden Handlungsbedarfen. Damit die Ergebnisse der Umfrage anschlussfähig an die laufenden Verhandlungen zwischen Bund und Ländern über die Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Kindertagesbetreuung sind, orientiert sich die Umfrage inhaltlich an den Handlungsfeldern, die in dem 2019 in Kraft getretenen sogenannten Gute-KiTa-Gesetz (KiTa-Qualitäts- und -Teilhabeverbesserungsgesetz, KiQuTG) aufgeführt sind. Die Umfrage erfasst über 100 verschiedene Aspekte der Qualitätsentwicklung in neun Handlungsfeldern. Damit geben die Ergebnisse wichtige Anhaltspunkte über Handlungsbedarfe in der gesamten Breite des Arbeitsfeldes...

<https://www.der-paritaetische.de>

Mitstreiterinnen und Mitstreiter gesucht!



Die GEW ist eine Mitmachgewerkschaft. Die tägliche Arbeit als Interessenvertretung in den Personalräten und gegenüber der Politik und anderen Verbänden kann für alle Kolleginnen und Kollegen nur dann wirkungsvoll geleistet werden, wenn wir auch personell eine starke Gewerkschaft sind. Es ist deshalb im Interesse aller Beschäftigten im Bildungsbereich wichtig, dass wir neue Mitglieder werben und sich viele Mitglieder an der ehrenamtlichen Arbeit in unserem Kreisvorstand der GEW vor Ort aktiv beteiligen.

Deshalb unsere Bitte: Werdet aktiv! Interessierte Kolleginnen und Kollegen melden sich bitte telefonisch: 0541/259620 oder per Mail: gew-osnabrueck@t-online.de

Wer noch schneller informiert werden möchte, schicke bitte eine Mail an folgende Adresse: gew-osnabrueck@t-online.de

Wir nehmen die Adresse dann in unseren Mailverteiler auf!

Die Daten werden selbstverständlich vertraulich behandelt und auf Wunsch auch wieder gelöscht!

Themen:



- **Jörg Bibow:** Sind die USA bald pleite?
- **Thomas Fazi:** Sind Autos wichtiger als Lebensmittel?
- **Redaktion:** Für eine neue Ökonomik: Ein Manifest
- **Hartmut Reiners:** Ignoranz und Glaubenssätze: Die FAZ zur Reform der Krankenkassen
- **Malte Kornfeld:** „Einschnitte bei Volkswagen werden die Krise verschärfen“
- **Redaktion:** Die (Anti)Demokraten

<https://makroskop.eu>

Kritische Analysen zu Politik und Wirtschaft

Herausgeber: Heiner Flassbeck & Paul Steinhardt

Georg-Friedrich-Knapp-Gesellschaft für Politische Ökonomie e.V.

Man darf MAKROSKOP mit einer – steuerlich absetzbaren – Spende unterstützen!

Sind Lehrkräfte nur gehorsame Staatsdiener oder gilt für sie auch das Recht auf „zivilen Ungehorsam“ im Dienst?

**Paukos im Gespräch mit Dr. Rainer Schiemann
Henrik Peitsch**

Guten Tag Rainer, erst einmal herzlichen Dank, dass du dir die Zeit für ein Gespräch genommen hast. Bevor wir auf deine Tätigkeiten an der Schule und insbesondere auch auf die, die du in verschiedenen Funktionen innerhalb der GEW ausgeführt hast, eine erste Frage: Was hat dich dazu bewogen, Lehrer zu werden?

Nach Studium und Promotion in den Agrarwissenschaften standen mir zwei Optionen für meine berufliche Weiterentwicklung offen: Die Fortsetzung der wissenschaftlichen Laufbahn oder die Qualifizierung für das Lehramt an berufsbildenden Schulen. Nun, meine Entscheidung fiel bekanntlich für das Lehramt aus. Der hauptsächliche Grund war, dass für mich damals der Anreiz, zukünftig mein Wissen als Lehrer weiterzugeben, sehr viel größer war als das Erklimmen weiterer Karriereschritte an der Universität.

Wenn du mich fragen würdest, ob ich die Entscheidung jemals bereut habe, wäre meine Antwort, ich habe meinen Beruf als Lehrer bis zu meinem letzten Schultag mit Freude und Überzeugung ausgeübt. Der von mir gestellte Antrag auf Verlängerung meiner Dienstzeit ist vom Kultusministerium leider nicht beantwortet worden.

Rainer du bist seit 1975 in der GEW du warst auch in vielen Funktionen aktiv: Referat A auf Kreisverbandsebene, Vorstandsmitglied der Fachgruppe berufsbildende Schulen auf Landesebene und auf Bezirksebene warst du viele Jahre Vorsitzender des Wahlvorstands und im Präsidium der Bezirksdelegierten-Versammlung. Ich erinnere mich, dass du sehr häufig mit dem Fahrrad von Osnabrück nach Hannover gefahren bist. Wenn du jetzt zurückblickst, gab es in deiner GEW-Arbeit besondere Hausforderungen?

Die größte Herausforderung war mit Abstand das Thema Streikrecht für Beamte in den 1980er Jahren. Wie du dich vielleicht auch noch erinnern kannst, war der Plan, auf Landesebene demonstrativ für zwei Stunden die Arbeit niederzulegen, um gegen die zu erwartende Kostenverfügung



Foto: privat

der Bezirksregierung klagen zu können. Nach Abweisung der Klage beim Obergerverwaltungsgericht Lüneburg und dem Bundesverwaltungsgericht München hat die GEW aus Kostengründen darauf verzichtet, die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht weiterzuführen.

Wenn du heute auf deine Tätigkeit als Lehrkraft zurückschaust, was ist für dich das Wichtigste im pädagogischen Alltag?

Neben der fundierten fachlichen und kommunikativen Kompetenz spielt auch die Persönlichkeit des Lehrers selbst eine große Rolle, um den nötigen Draht zu Schülern und Schülerinnen herstellen zu können. Zwei sehr erfahrene Lehrer aus meiner Schulzeit an der Leibnizschule in Hannover dienten mir diesbezüglich als leuchtende Vorbilder. Sie waren in der Lage, ihre Schüler*innen für die fachlichen Inhalte ihres Unterrichts in einem Maße zu begeistern, dass sie mir zu einem beträchtlichen Teil bis heute in Erinnerung geblieben sind. Das gelang ihnen vor allen Dingen über die Fähigkeit, in der Klasse für einen lebendigen Austausch zu sorgen.

Um die persönliche Beziehung zu und zwischen den Schüler*innen zu vertiefen, haben in meiner Erfahrung als Lehrer auch Klassenfahrten eine wichtige Rolle gespielt. Ich komme noch einmal auf den nötigen Draht zurück: Mit ihm war es möglich, bei Konflikten mit und zwischen Schüler*innen während meiner dreißigjährigen Lehrertätigkeit auf disziplinäre Maßnahmen zu verzichten.

Rainer, du bist ja kein Osnabrücker, hast du mir gesagt. Du bist also ein Zugereister?

Ja, nach meinem Studium an der Universität Braunschweig und Göttingen und dem Studienseminar in Hildesheim, habe ich meine Berufstätigkeit an der BBS Osnabrück Haste begonnen. Dort wurde mir die erste Stelle angeboten.

Aber wo bist du geboren?

In Allenstein/Ostpreußen. Als Fünfjähriger bin ich im Januar 1945 mit meiner Familie zu Verwandten nach Werl/Kreis Soest geflüchtet. Ein weiterer Ortswechsel erfolgte für mich mit der Familie aufgrund beruflicher Veränderungen meines Vaters 1953 nach Hannover. Dort habe ich dann meine Gymnasialschulzeit beendet.

Du warst auch sehr aktiv in der GEW. Was war deine Motivation damals in die GEW einzutreten?

Das waren Erkenntnisse, die ich bereits während meiner Zeit im Studienseminar zur Stellung und zu den Rechten von Lehrern und Lehrerinnen gesammelt habe. Sie erschienen mir nicht mehr zeitgemäß. Da auch einige meiner Seminarkolleg*innen diese Auffassung teilten, fassten wir den Entschluss, in die GEW einzutreten. Ohne die Illusion, dass in einer solchen Organisation auf die Schnelle Veränderung herbeigeführt werden können, aber mit der Vorstellung, dass hunderttausend Mitglieder mehr erreichen können als eine kleine Gruppe von Einzelkämpfern. Das war 1975.

Als in die Jahre gekommener Pensionär verfolge ich weiterhin mit großem Interesse die Politik und Aktivitäten meiner Gewerkschaft in der Hoffnung, dass die Mitgliederzahlen entsprechend dem aktuellen und zukünftigen Handlungsbedarf wieder dynamischer steigen, wie z.B. bei der IG-Metall aktuell.

*Ich kann mich noch gut daran erinnern, dass wir in den 80er Jahren eine Vielzahl von engagierten Kolleg*innen im Vorstand waren. In den letzten Jahren ist die Beteiligung der Mitglieder sehr stark zurückgegangen. Wie schätzt du diese Veränderung ein?*

Hier hat wohl ein Mentalitätswandel stattgefunden, gepaart mit der Herausbildung einer deutlichen Individualisierung. Diese Entwicklung ist allerdings eine Gesamtgesellschaftliche. Zu berücksichtigen ist darüber hinaus, dass sich die Belastungen im Schulalltag rasant erhöht haben. Verständlich ist, dass Kolleg*innen sagen, lass mir meine Ruhe, ich

habe genug um die Ohren und die Freizeit brauche ich zur Erholung und für die Familie. Das stellt die GEW vor große Herausforderungen.

Rainer, ich kann mich noch an eine DPA-Meldung erinnern, die sich auf einen Studienrat aus Osnabrück bezog, der sich geweigert hatte, türkische Schüler zu unterrichten. Dieser Studienrat warst du. Was war der Hintergrund damals für deine Ablehnung?

Meine Weigerung, diese Gruppe türkischer Schüler zu unterrichten basierte auf der Überzeugung, ihnen in keiner Form gerecht werden zu können. Sie sprachen kein Deutsch, ich kein Türkisch. Die Chance für die Gestaltung einer produktiven Lehr- und Lernsituation war nicht gegeben.

Darüber hinaus fand ich es problematisch, dass ausgerechnet für diese Jugendlichen das Berufsvorbereitungsjahr von zwölf auf drei Monate verkürzt worden war. Damit war ihnen die Chance auf einen Ausbildungsplatz genommen. Ihre beruflichen Perspektiven beschränkten sich somit auf schlecht bezahlte Hilfsarbeiterjobs.

Die Unterrichtsverweigerung bezog sich aber alleine darauf, dass ich der Überzeugung war, mein Dienstherr habe seine Fürsorgepflicht mir gegenüber verletzt, da ich unter den genannten Bedingungen meinem pädagogischen Auftrag nicht gerecht werden konnte.

Übrigens hatten damals die meisten Medien den Zusammenhang völlig falsch verstanden und skandalisiert mit Texten wie: Ein dünkelfhafter Studienrat verweigert den Unterricht für türkische Schüler*innen. Ich hatte von diesem Medientrübels im Urlaub durch das Radio erfahren. Nur von der Bildzeitung nahm ein Reporter persönlichen Kontakt mit mir auf, um den wahren Zusammenhang zu recherchieren. Ausgerechnet in der Bild war dann der Sachverhalt korrekt dargestellt.

Nach den Diffamierungen in den Medien lud mich der damalige Kultusminister Remmers zu einem Gespräch nach Hannover ein, um sich dafür zu entschuldigen, dass die Information aus seinem Ministerium an DPA zu diesen persönlichen Angriffen geführt haben. Eine spätere Richtigstellung wurde von den Medien ignoriert.

Was ich sehr wichtig finde ist, dass es nach meinem Eindruck an einer notwendigen kollektiven

Widerstandsfähigkeit gerade unter Lehrkräften mangelt. Die Jugend macht es uns vor: Fridays for Future, Die letzte Generation, Extinction Rebellion. Man muss nicht mit allen Aktionen dieser Protestgruppen einverstanden sein. Man muss ihnen jedoch zugestehen, dass sie aus einer vorherrschenden gutbürgerlichen Normalität herausbrechen und gegen einen „verordneten“ Bürgergehorsam aufbegehren, während die breite Masse sich fatalistisch dem Konsumismus hingibt. Du hast ja mit deiner Weigerung gezeigt, dass man nicht alle Dinge „gehorsam“ hinnimmt, sondern wirklich genau hinguckt und sich fragt, ist das jetzt sinnvoll, was mir da aufgetragen wird? Ist das ein sinnvoller pädagogischer Auftrag diese türkischen Jugendlichen zu unterrichten. Wird man ihnen unter den gegebenen Bedingungen gerecht. Was macht das eigentlich mit diesen Jugendlichen?

Letztendlich blieb mir aber nichts anderes übrig, als den Unterricht auf Anraten meines von der GEW finanzierten Rechtsbeistands doch durchzuführen. Von der Bezirksregierung war ‚dringender Vollzug‘ angeordnet worden und fünf weitere Osnabrücker Kollegen, die sich in derselben Situation befanden, waren dem Auftrag ohne Widerspruch gefolgt.

In der Gestaltung meines Unterrichtes mit den sehr sympathischen türkischen Jugendlichen habe ich mich dann sehr frei bewegt und meinen eigenen Lehrplan entwickelt, um ihrem Bedürfnis, sich zunächst einmal in ihrem näheren Umfeld sprachlich zurechtfinden zu können, gerecht zu werden. Wir sind z.B. in den Zoo gegangen, sie haben von mir die deutschen Begriffe und ich von ihnen auch einige türkische gelernt. Wir hatten viel Spaß dabei. Ein weiterer Unterricht fand in der Sparkasse statt, wo uns zur sprachlichen Verständigung ein türkischsprechender Mitarbeiter zur Verfügung stand. Hier konnten sie dann in türkisch und deutsch alle für sie wichtigen Themen nachfragen und lernen, z.B. wie man Geld überweisen kann.

Die Schüler waren mit meiner Art sie zu unterrichten bei allen Missständen die es gab, sehr zufrieden.

Außerdem habe ich mit ihnen verbotenerweise Sport im Freien gemacht, z.B u.a. Fußball gespielt. Als die Maßnahme mit Beginn der Sommerferien zu Ende war, machten die Schüler mit ihren Eltern eine

Abschiedsveranstaltung, um sich bei den Lehrern zu bedanken, dass man sich um sie gekümmert hat. Ich war der einzige Lehrer der daran teilgenommen hat. Ich will zugeben, dass man sicherlich unter anderen Voraussetzungen, d.h. mit einem von der Bezirksregierung gut geplanten und vorbereiteten Konzept mehr hätte erreichen können. Aber für dieses Konzept war ich nicht zuständig und konnte es auch nicht leisten. Für mich zeigte sich hier ein übliches Vorgehen des Kultusministeriums: Es wird oben angeordnet und die Lehrkräfte müssen es ohne Bereitstellung entsprechender Ressourcen umsetzen. Sie werden allein gelassen.

Rainer, zum Schluss, welche drei Wünsche fallen dir spontan zum Schulsystem ein?

Wichtig fände ich

1. eine bundeseinheitliche Angleichung, weil die Mobilität der Menschen zugenommen hat,
2. sicherzustellen, dass mit Hilfe einer angemessenen Personalausstattung in allen Schulen die Chancen für Schüler deutlich verbessert werden und
3. die Attraktivität des Lehrer*innenberufs zu stärken, sonst wird aus der angemessenen Personalausstattung nichts.

Lieber Rainer, vielen Dank für das Gespräch! Dieses Gespräch habe ich mit Rainer am 30.11.2024 geführt.



Spendenkonto

fair childhood
Bank für Sozialwirtschaft
IBAN: DE16 7002 0500 0009 8400 00
BIC: BFSWDE33MUE

Für Spenden über 300,00 EUR stellen wir gerne eine Spendenbescheinigung aus.

Fest der Kulturen am 15. September 2025

Ansteck-Buttons für den Frieden!



Foto: privat



DESTATIS

Statistisches Bundesamt

Teilzeitquote bei Lehrkräften auf 42,3 % im Schuljahr 2022/23 gestiegen

11. Januar 2024

WIESBADEN – Angesichts des steigenden Lehrkräftebedarfs an Schulen wird häufig auch über den Beschäftigungsumfang von Lehrerinnen und Lehrern diskutiert. Wie das Statistische Bundesamt (Destatis) mitteilt, waren im Schuljahr 2022/2023 rund 724 800 Lehrkräfte an allgemeinbildenden Schulen in Deutschland tätig – davon 42,3 % in Teilzeit. Damit lag die Teilzeitquote bei Lehrkräften etwas höher als im Schuljahr zuvor (40,6 %) und wieder auf dem höchsten Stand der vergangenen zehn Jahre. Besonders Frauen reduzieren häufig ihre Arbeitszeit: Im Schuljahr 2022/2023 war die Teilzeitquote bei Lehrerinnen (49,9 %) mehr als doppelt so hoch wie bei Lehrern (21,8 %).

Teilzeitquote bei Lehrkräften überdurchschnittlich hoch

Im Vergleich zu anderen abhängig Beschäftigten ist die Teilzeitquote bei Lehrkräften mit 42,3 % überdurchschnittlich hoch. So arbeiteten im Jahr 2022 über alle Wirtschaftsbereiche hinweg 30,2 % der abhängig Beschäftigten in Teilzeit. Ein Grund für die höhere Teilzeitquote von Lehrerinnen und Lehrern ist der vergleichsweise hohe Frauenanteil: Während Frauen im Schuljahr 2022/2023 fast drei Viertel (73,1 %) des Lehrpersonals an allgemeinbildenden Schulen ausmachten, lag der Frauenanteil bei den abhängig Beschäftigten aller Wirtschaftsbereiche im Jahr 2022 bei 48,0 %.

Rund die Hälfte der Lehrkräfte in Bremen und Hamburg arbeiten in Teilzeit

Im Hinblick auf den Anteil der Teilzeitkräfte unter den Lehrerinnen und Lehrern zeigen sich deutliche Unterschiede zwischen den Bundesländern. Während in Hamburg (54,4 %) und Bremen (49,9 %)

im Schuljahr 2022/2023 rund die Hälfte des Lehrpersonals an allgemeinbildenden Schulen einer Teilzeitbeschäftigung nachging, traf dies nur auf fast jede vierte Lehrkraft in Thüringen (24,1 %) sowie gute jede fünfte (21,4 %) in Sachsen-Anhalt zu...

Mehr als ein Drittel der Lehrerinnen und Lehrer ist 50 Jahre und älter

Wichtig zur Einschätzung des künftigen Bedarfs an neuen Lehrkräften ist die Altersstruktur innerhalb der Berufsgruppe. Gut ein Viertel (25,6 %) der Lehrkräfte im Schuljahr 2022/2023 war zwischen 50 und 59 Jahre alt, 10,6 % waren 60 Jahre und älter. Mehr als jede dritte Lehrkraft (36,2 %) war demnach 50 Jahre und älter. Demgegenüber fällt der Anteil der jüngeren Berufseinsteigerinnen und -einsteiger geringer aus: Die unter 35-Jährigen machten 21,1 % des Lehrpersonals an allgemeinbildenden Schulen aus...

In Niedersachsen lag die Quote bei 36,9 % (41 % Bundesdurchschnitt). Besonders viele Anträge wurden von Lehrkräften an Grundschulen (7.708) und Gymnasien ((4.327) gestellt.

https://www.destatis.de/DE/Presse/Pressemitteilungen/2024/01/PD24_N002_21.html

Ehrung unserer Jubilare am 24. September 2024 im Best Western Hotel Hohenzollern 440 Jahre Mitgliedschaft in der GEW



Unsere Jubilare: 1. Reihe v.l.s: Reinhard Althoff (50 Jahre), Heike Dachsner (50 Jahre), Christine Höfer (50 Jahre), Marianne Scheffczyk-Pörner (50 Jahre), Gaby Uthmann (Sprecherin KV OS-Stadt) – 2. Reihe v.l.s; Udo Lui (50 Jahre), Andreas Röhl (Sprecher KV OS-Stadt), Ludwig Korthaus (50 Jahre), Sigrit Wengert (50 Jahre), Birgit Ostendorf (stv. Bezirksvorsitzende GEW Weser-Ems), Eveline Wefer-Kamali (40 Jahre) und Heinz Darr (50 Jahre). Leider konnten nicht alle Jubilare und Jubilarinnen teilnehmen. Ihnen allen gilt der Dank der GEW für die langjährige Treue. Eine Gewerkschaft kann sich nur dann wirkungsvoll für die Interessen aller Beschäftigten im Bildungsbereich und für eine gute Bildung für alle Schülerinnen und Schüler einsetzen, wenn sie treue und aktive Mitglieder hat. Dank an alle Jubilare. Foto: privat



Stellungnahme zum Vorschlag der schwedischen Bildungsbehörde für eine nationale Digitalisierungsstrategie für das Schulsystem 2023-2027 (Karolinska Institutet dnr 1-322/2023).

Zusammenfassende Bemerkungen (Auszug)

Der von der Nationalen Agentur für Bildung vorgelegte Vorschlag für eine Digitalisierungsstrategie beinhaltet zwei übergreifende Ziele: 1) alle Kinder und Schüler sollen digitale Kompetenzen entwickeln, um aktiv am Unterricht, am sozialen Leben und am Arbeitsleben teilnehmen zu können, um zu einer nachhaltigen und demokratischen Gesellschaft beizutragen, und 2) die Qualität des Unterrichts, die Gleichwertigkeit und das Erreichen der Ziele sollen durch die Nutzung der Möglichkeiten, die die Digitalisierung in den verschiedenen Bereichen des Schulsystems bietet, verbessert werden. In ihrem Bericht beschreibt die Nationale Agentur für Bildung, wie die zunehmende Digitalisierung zu verschiedenen positiven Effekten sowohl für die Schulen als auch für die Gesellschaft führen wird. Wir sehen in dem Bericht insgesamt drei Probleme:

1. Die Annahme, dass die Digitalisierung die von der schwedischen Bildungsbehörde erwarteten positiven Effekte haben wird, ist nicht evidenzbasiert, d.h. nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhend. Wir fordern quantitative Studien, die die Auswirkungen der verschiedenen Maßnahmen auf den Wissenserwerb und die digitale Kompetenz messen.
2. Die Nationale Bildungsagentur scheint sich überhaupt nicht bewusst zu sein, dass die Forschung gezeigt hat, dass die Digitalisierung der Schulen große, negative Auswirkungen auf den Wissenserwerb der Schüler hat.
3. Der Vorschlag der schwedischen Bildungsbehörde enthält keine konkreten Vorschläge, wie die Schulen bei der Umsetzung der Digitalisierungsstrategie vorgehen sollen, obwohl der Behörde sehr wohl bewusst sein muss, dass viele Schulen (insbesondere in benachteiligten Gebieten) große Schwierigkeiten haben, qualifizierte Lehrkräfte zu finden, und dass nur sehr wenige Lehrkräfte im Umgang mit digitalen Werkzeugen geschult wurden.

In Bezug auf das erste Ziel der Strategie schreibt die schwedische Bildungsbehörde, dass die Digitalisierung mehr Gleichheit schaffen werde und dass mehr Kinder ein Interesse an digitaler Technologie entwickeln würden, was langfristig das Angebot an Fähigkeiten auf dem Arbeitsmarkt verbessern und die Innovation in der technologischen Entwicklung steigern würde. Die Digitalisierung, die bisher in schwedischen Schulen stattgefunden hat, bestand jedoch größtenteils in der Umstellung auf die Verwendung digitaler Lehrmaterialien oder im Fehlen von Lehrmaterialien in der Sekundarstufe II, um den Schülern stattdessen zu erlauben, ihr eigenes Wissen über das Internet zu suchen. Die Digitalisierungsstrategie bietet keinerlei Belege dafür, dass die Digitalisierung der Schulen die erwarteten Auswirkungen haben wird...

Abschließende Bemerkungen

Zusammenfassend sind wir der Meinung, dass der Bericht der Nationalen Agentur für Bildung zur schulischen Digitalisierung sehr mangelhaft ist, da er die Forschungsergebnisse, die negative Folgen im Zusammenhang mit der schulischen Digitalisierung zeigen, weitgehend ignoriert. Wir finden es bemerkenswert, dass die Nationale Agentur für Bildung nicht eine Gruppe von Forschern aus verschiedenen Forschungsbereichen zusammengestellt hat, die sich mit diesem sehr wichtigen Thema befasst. Wie oben erwähnt, glauben wir, dass das Bildungsministerium gute Gründe hat, diesen Vorschlag für eine Digitalisierungsstrategie für Schulen abzulehnen. Für die Zukunft ist es vielleicht noch wichtiger, von der schwedischen Bildungsbehörde zu verlangen, dass sie evidenzbasiert arbeitet (d.h. ihre Berichte und Empfehlungen immer auf einer wissenschaftlichen Grundlage erstellt und besonders auf die Notwendigkeit quantitativer Studien achtet) und interdisziplinär arbeitet, um Fachwissen aus allen relevanten Forschungsbereichen einzubringen.

Schließlich ist zu betonen, dass digitale Lernmaterialien zwar erheblich billiger sind als gedruckte Schulbücher. Untersuchungen zeigen aber, dass sie negative Folgen haben, die längerfristig zu höheren sozialen Kosten führen können. Daher gibt es starke wirtschaftliche Anreize für die Schulen, mehr auf digitale Medien umzusteigen. Daher sollten den Schulen zweckgebundene Mittel zur Verfügung gestellt werden, um den Bedarf der Schüler an gedruckten Schulbüchern zu decken. Die erziehungswissenschaftliche Forschung in Schweden sollte ebenfalls gestärkt werden, so dass der Schwerpunkt stärker auf quantitative Studien mit einer Kontrollgruppe liegt, um die Auswirkungen verschiedener Reformen untersuchen zu können, bevor sie umgesetzt werden.

Wichtige schulpolitische Entscheidungen sollten nicht getroffen werden, ohne dass man vorher weiß, was die Forschung sagt. *Quelle: <https://www.diagnose-funk.org/aktuelles/artikel-archiv/detail?newsid=1991>*

Mein letzter Flug nach Nicaragua vom 23.04. bis 30.05.2024

Joachim Hensel – Dritte Weltverein Osnabrück e.V.

Geplant hatte ich meinen Flug nach Nicaragua für einen Zeitraum von zwei Monaten. Krankheitsbedingt langte es jedoch nur zu einem Monat. Ziel der Reise war wie die Jahre zuvor wieder die Primarschule Jesus, der gute Lehrer in Esteli, die unser Verein schon seit mehr als 20 Jahren mit Geld v.a. für die Schulspeisung, Verbrauchsmaterial für die Schüler und Reparaturen unterstützt. Allerdings würde ich mit meiner, im Vergleich zum Vorjahr weiter verminderten Sehkraft noch weniger direkt im Unterricht helfen können.

Am 23.10.2023 hatte ich vorab schon 2.500 \$, die Hälfte unserer Spendensumme, nach Esteli überwiesen. Am 9. Mai d.J. ließ ich mir noch einmal 2.500 \$ schicken. Somit konnte ich am 20. Mai insgesamt 5.000 \$ (4.755,59 €) auf das Konto von Ermelinda Chavarria, der ehemaligen Schulleiterin der Primarschule transferieren. Sie war auch früher schon eine zuverlässige Sachwalterin der gespendeten Beträge gewesen. Sie sorgte auch dieses Jahr nach meiner Abreise im Sinne unseres Vereins für die gewohnte Verwendung der Gelder.

Doch zurück zu meiner Reise. Unwissentlich war ich wohl schon krank gestartet. Erbrechen und Fieber zwangen mich in meiner Zwischenstation Mexico City im Hotelzimmer zu bleiben. Einreisen nach Nicaragua konnte ich dann am 26. April ganz normal, obwohl mein Einreiseantrag von den Behörden nicht beantwortet worden war. In Esteli versorgten mich die nicaraguanischen Freunde, bei denen ich unterkam, gleich mit diversen Tabletten.

Da mein Gepäck mit dem Flug nicht mitgekommen war, musste ich zwei Tage danach wieder nach Managua, um es abzuholen. Auf der Rückfahrt nach Esteli litt ich unter Schüttelfrost. Anderntags fühlte ich mich dennoch fit genug, der nahen Schule einen ersten kurzen Besuch abzustatten. Es sollte zugleich der letzte sein. Nachmittags stellte sich erneut Fieber ein. Dennoch wagte ich am nächsten Tag für notwendige Einkäufe ins Zentrum zu gehen. Fast zurück in meiner Unterkunft im Barrio fand ich mich mit einigen Schrammen plötzlich auf dem Boden der Straße wieder, umringt von Personen, die mich von meiner Arbeit in der Schule her kannten. Ich hatte plötzlich das



Jochen mit Ermelinda Chavarria

Foto: privat

Bewusstsein verloren. Wenig später brachte mich ein Ambulanzwagen in das städtische Hospital.

Untergebracht war ich in einem Saal mit sieben weiteren Patienten und deren Angehörigen, von denen sich traditionell je einer Tag und Nacht um den Kranken kümmerte, vielfach auch mit Essen und Getränken. In einer Ecke lag ein Intensivpatient, umgeben von einer Reihe von Monitoren. Täglich gab es drei Mahlzeiten. Die meisten Medikamente sowie vor allem Wasser musste man sich selbst besorgen (lassen). Dass ab und an Strom oder Wasser wie ebenso im ganzen Stadtviertel, in dem das Hospital lag, abgeschaltet wurden und sich im Nachtschränken Kakerlaken eingenistet hatten, musste man klaglos hinnehmen.

Außer sonntags kam täglich ein Chefarzt plus einer Oberärztin und einem Tross wissbegieriger Medizinstudenten für etwa ½ Stunde in den Saal, um sich jedem Patienten zuzuwenden. Bei mir diagnostizierten die Mediziner mit dem gebotenen

technischen Aufwand (CT, Röntgen, Sonographie) Nierenprobleme sowie einen Leberschaden. Sie konnten jedoch weder schlechte Blutwerte noch gelegentliche Fieberschübe trotz hoher Gaben wechselnder Medikamente (Antibiotika, Antiparasitika, Fiebersenker) verhindern. Der Abszess an der Leber wurde auf in Nicaragua weit verbreitete Parasiten zurückgeführt. Bald hielt ich es deswegen für besser, mich in Deutschland weiter behandeln zu lassen und begann, den Rückflug durch einen ADAC-Krankentransport zu organisieren. Am 20. Mai verließ ich mit Zustimmung der Ärzte das Krankenhaus. Leider musste ich in meiner privaten Unterkunft noch bis zum 29. Mai warten, ehe mich ein Arzt des ADAC mit einem SUV abholte und nach Managua fuhr. Am Flughafen setzte er mich in einen Rollstuhl und saß während des Flugs nach Frankfurt hilfsbereit neben mir. Vom Flughafen wurde ich mit einem Rotkreuzwagen nach Osnabrück direkt zum Marienhospital transportiert.

sen auf Nierenversagen hin. Wochenlange Dialysen waren notwendig. Ein Stein im Gallengang hatte den Leberabszess verursacht. Eine längere Drainage der Leber war die Folge. Insgesamt musste ich bis zum 26. Juli im Marienhospital bleiben.

Aufgrund meiner gesundheitlichen Situation sind weitere Flüge nach Nicaragua nicht mehr möglich. Eine Auflösung des Vereins ist unumgänglich.

Ich bedauere dies zutiefst, war das Land über die Jahre doch zu meiner zweiten Heimat geworden. Die in der Vereinskasse verbleibenden Beträge, die eigentlich 2025 nach Nicaragua gehen sollten, derzeit 2.452 €, fallen satzungsgemäß an das Informationsbüro Nicaragua in Wuppertal.

So bleibt nur, den treuen Mitgliedern (zuletzt waren wir 20) sowie allen Spendern und Freunden des Vereins von ganzem Herzen zu danken.

Es war höchste Zeit gewesen. Die Blutwerte wie-

Lieber Jochen, zunächst nachträglich herzliche Glückwünsche zu deinem 90sten Geburtstag, den du im November des letzten Jahres feiern konntest, nach all den Strapazen deiner letzten Reise. Wir wünschen dir noch eine, vor allem, gesunde Zeit.



Nicaragua-Reise 2011 Foto: privat

Der Kreisvorstand der GEW dankt dir für deinen unermüdlichen Einsatz zur Unterstützung der **Primarschule Jesus, der gute Lehrer** in Esteli, bei dem du auch die Grenzen deiner physischen Belastbarkeit überschritten hast. Ich konnte mich von deinem sehr engagierten Einsatz bei unserer gemeinsamen Reise im Jahr 2011 nach Esteli überzeugen. Auch deine Wertschätzung durch das Kollegium und die Kinder vor Ort zeugten von deinem sehr wirkungsvollem Einsatz. Auch die Früchte deiner Arbeit waren überall zu sehen, Unterstützung bei der Beschaffung von Schulmaterialien, Lebensmitteln und sogar der Materialien für die Sanierung des Schulgebäudes. Deutlich wurde mir auch deine Arbeitsweise, deine sehr genau und aufwändige Planung der Verwendung und Kontrolle der Spendengelder: Es wurde von dir jede Ausgabe auf jeden Córdoba dokumentiert. Lieber Jochen, vielen Dank.

Lektüreempfehlungen



Tim Engartner: Raus aus der Bildungsfalle

Dem Land der Dichter und Denker droht der Ausverkauf, Deutschland gerät zum Land der Schreib- und Leseschwachen. Während Kinder aus bildungsnahe Elternhäusern häufig schon vor der Einschulung lesen können, sind viele Grundschülerinnen und -schüler nicht mehr in der Lage, einen Stift zu halten. Aber statt die bundesweit beklagten baulichen, technischen und hygienischen Mängel an Schulgebäuden zu beheben, wird die Digitalisierung zum vorrangigen Qualitätsmerkmal erklärt. Dabei treiben Apple, Meta und Microsoft die Digitalisierung der Bildung voran, ohne dass Eltern-, Schüler- oder Lehrerschaft daran Anstoß nehmen. Die Probleme liegen jedoch nicht in der fehlenden Digitalisierung. Vielmehr säen wochenlangender Unterrichtsausfall, verdreckte Toiletten, unzureichend qualifizierte Lehrkräfte und beispiellose Schulabbrecherquoten Zweifel am staatlichen Schulsystem. Der ausgewiesene Bildungsexperte Tim Engartner zeigt auf, woran unser Bildungssystem krankt – von der Kita bis zur Hochschule. Er plädiert für eine Renaissance der Bildung und ist überzeugt, dass der dauerhafte Absturz der Bildungsrepublik Deutschland noch aufgehalten werden kann.

E-Book – 240 Seiten – Preis: 18,99 € – ISBN 9783987910555

Club of Rome (Hrsg.), Wuppertal Institut (Hrsg.) Earth for All Deutschland. Aufbruch in eine Zukunft für Alle

1972 erschütterte ein Buch die Fortschrittsgläubigkeit der Welt: »Die Grenzen des Wachstums«. Der erste Bericht an den Club of Rome gilt seither als die einflussreichste Publikation zur drohenden Überlastung unseres Planeten. Zum 50-jährigen Jubiläum blicken renommierte Wissenschaftler*innen wie Jørgen Randers, Sandrine Dixson-Declève und Johan Rockström abermals in die Zukunft – und legen ein Genesungsprogramm für unsere krisengeschüttelte Welt vor.

Um den trägen »Tanker Erde« von seinem zerstörerischen Kurs abzubringen, verbinden sie aktuelle wissenschaftliche Erkenntnisse mit innovativen Ideen für eine andere Wirtschaft. Der aktuelle Bericht an den Club of Rome liefert eine politische Gebrauchsanweisung für fünf wesentliche Handlungsfelder, in denen mit vergleichbar kleinen Weichenstellungen große Veränderungen erreicht werden können.

280 Seiten – 26,00 € – ISBN 978-3-98726-111-4



<https://www.lobbycontrol.de>

LobbyControl: Weltwirtschaftsforum 2025

Davos verwandelt sich wieder einmal in eine Festung der Privilegierten. **Das Weltwirtschaftsforum (WEF) öffnete am 20.-24. Januar seine Tore – aber nur für Auserwählte, darunter Google, Amazon & Co.**

Das Geschäftsmodell des WEFs setzt darauf, Konzernchefs und Politiker:innen aus aller Welt zusammenzuführen und den direkten Austausch zu fördern. Die Agenda für das Treffen setzen die Konzerne selbst. Sie können sich als Partner einkaufen. **Doch Konzerne haben bereits über ihren Lobbyeinfluss und ihre strukturelle Macht einen privilegierten Zugang zur Politik.**

Diese Macht noch systematisch über ein Lobbyforum wie das WEF zu verstärken, ist ein zweifelhaftes Geschäftsmodell. Politische Entscheidungen gehören in die Parlamente und nicht an den Kamin in Davos. Die großen Tech-Konzerne Google, Amazon, Meta, Microsoft und Apple sind als Partner des WEF prominent vertreten. **Die aktuelle Studie beleuchtet kritisch, wie groß die Macht und der Einfluss von diesen Konzernen geworden sind.**

Zu guter Letzt!

Autokraten – Die falschen Retter der Demokratie!

Henrik Peitsch



Die Carolabrücke in Dresden – Unsere Demokratie hat ein stabileres Fundament: Das Grundgesetz!

Foto: CC BY-SA 4.0 Wikimedia Commons

Der Bremer Politikwissenschaftler Philip Manow stellt in seiner Monografie **(Ent-)Demokratisierung der Demokratie** fest: „Die Demokratie ist nicht in der Krise, sondern der Prozess der Demokratisierung ist nicht mehr im Gleichgewicht. Demokratie strebt nach einem Mehr an Gleichheit und Partizipation für alle, braucht aber institutionelle Voraussetzungen wie funktionierende Parteien oder den Nationalstaat. In der Krise ist vielmehr die repräsentative Idee. Denn Parteien haben ihre Scharnierfunktion zwischen Exekutive, Legislative und den Wählenden verloren.“

Die Wiederwahl Trumps und die Entwicklung in einigen Ländern der EU, u.a. in Österreich, den Niederlanden, Italien und Ungarn sowie der Slowakei und auch die Entwicklung in Deutschland zeigen bedenkliche Tendenzen: Die durch Wahlen legitimierte Etablierung autokratischer Regierungen. Die Bundesrepublik ist jedoch immer noch ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat.

Das Ende der Ampel – sie hat länger gehalten als viele vorausgesehen hatten – (Wer mit der FDP ins Bett geht, sollte wissen, worauf er sich einlässt.) bestätigt die erheblichen Differenzen zwischen den drei Parteien hinsichtlich der aktuellen Krisenwahrnehmung und der Lösungsstrategien sowie die Fehleinschätzung der Verhinderungsmacht der FDP durch die anderen Partner. Die Bertelsmann Stiftung kam 2023 in einer Studie zur Halbzeit der Legislaturperiode zu dem Ergebnis, dass „die Ampel bereits knapp zwei Drittel (64 Prozent) ihres ambitionierten Koalitionsvertrages entweder umgesetzt (38 Prozent) oder mit der Umsetzung

ihres Vertrages begonnen (26 Prozent)“ hat (Mehr Koalition wagen). Diese positiven Ergebnisse wurden weder von der Ampel noch den Medien vermittelt.

Nun muss man einräumen, dass der von der Ampel anvisierte Umbau von Gesellschaft und Wirtschaft hin zur Klimaneutralität nicht nur Klimaschutz, verbunden mit Aufbruchsgest und Modernisierungswillen nach 16 Jahren unter Angela Merkel viele Hoffnungen erzeugt hat. Hoffnungen, die den politischen Kräfteverhältnisse in dieser Republik diametral widersprachen (s. z.B. der parteipolitische und mediale Kampf gegen das Gebäudeheizungsgesetz). Nicht vergessen darf man, dass durch die finanziellen Nachwirkungen der Coronakrise, Russlands völkerrechtswidrigem Angriffskrieg, die Energiekrise und nicht zuletzt durch den brutalen Angriff der Hamas die Ampel zusätzlichen Handlungsdruck erhielt.

Den Möchtegernkanzler auf Söders Gnaden war es aber wichtig, dass Union und Lindner-Partei für bereits vorliegende und abgestimmte Gesetzesvorlagen der Restampel nun im Bundestag nicht ihre Zustimmung geben zu müssen. Dem ehemaligen Aufsichtsratsvorsitzenden von Black-Rock war es wichtiger, schnell ins Amt zu kommen. Auch um die durch die skandalverliebten Mainstreammedien und die AfD geschürte Hetze gegen Migrant*innen für sich zu nutzen und mit der AfD seinen „deal“ zu machen. Der Egomane Trump lässt grüßen! Für die CDU/CSU gibt es nur eine Brandmauer, die nach links!

Die aktuellen politischen Ereignisse haben eine dramatische und menschenverachtende Form angenommen, die wir nach 1945 eigentlich als längst überwunden gehofft hatten. Die Gründung der Vereinten Nationen und die Deklaration der Menschenrechte und auch die Friedensbewegungen gaben uns viel Hoffnung. Mit Gründung der BRD verband sich für uns in die Zuversicht, dass unser Grundgesetz eine stabile Grundlage für die Entfaltung einer demokratischen Entwicklung bildet. Die erneute Erstarkung rechtsradikaler Kräfte, die es selbst in die Parlamente geschafft haben, gibt Anlass zur Entmutigung. Besorgniserregend sind auch die parteipolitischen Machtkämpfe und einige bisherigen Auseinandersetzungen im ak-

tuellen Wahlkampf. So versucht Merz das Thema Migration nach dem tragischen Geschehen in Aschaffenburg populistisch auszuschlachten, indem er SPD und Bündnis90/Die Grünen auf AFD- und Unions-Linie durch eine Abstimmung im Bundestag zwingen wollte.

Es ist an der Zeit, dass die etablierten Parteien ihre „Scharnierfunktion“ (Manlow) wieder zurückgewinnen und sich nicht bei der Hetze nach der Macht gegenseitig verunglimpfen und dabei die Interessen und Nöte ihrer Wählerschaft ignorieren. Die Bürger*innen sind es leid, ihre sogenannten Volksvertreter*innen in der Kampfarena der Politik um ihre eigenen Interessen streiten zu sehen. Sie wollen Lösungen für ihre Alltagsprobleme: bezahlbarer Wohnraum, gerechte Vermögensverteilung und Arbeitsentgelte, von denen man leben kann, angemessene Sozialleistungen statt Kriegstüchtigkeit und Einhaltung der Menschenrechte für alle sowie Unterstützung bei der Bewältigung der Folgen des Klimawandels. Noch ist die Bundesrepublik ein sozialer und demokratischer Rechtsstaat. Am 25. März haben wir die Chance, ein Abdriften in einen libertären Autoritarismus zu verhindern.

Es ist allerdings zu befürchten, dass es jetzt wieder einen Rückfall in die Schlummer-Kohl- und -Merkel-Ära kommt: Rückschritte bei der Klimapolitik, erneuter Rückbau des Sozialstaates, Neubau von Atomkraftwerken, weiterer Verteilung von Einkommen und Vermögen von Unten nach Oben, Hetze und Hass gegen Migrant*innen statt einer menschenwürdigen Aufnahme und Behandlung von Schutzsuchenden.

Wir brauchen Parteien, die für die grundlegende Krisen für die Wähler*innen nicht nur überzeugende Programme formulieren, sondern diese nach der Wahl auch in praktische Politik umsetzen.

**Sendungen zu aktuellen Themen im
Bürgerfunk von OS-Radio 104,8
zum Nachhören.**

- „Schulden ohne Bremse! Wieviel Schulden darf der Stadt machen?“ mit
Dr. Günther Grunert und **Walter Tobergte**
- „Ist die Demokratie in der Krise?“ mit
Prof. Dr. Rolf Wortmann
<https://nachhaltiggutleben.net>

Impressum

PAUKOS 2/2024 – Jg 43

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Kreisverband Osnabrück-Stadt
August-Bebel-Platz 1 – 49074 Osnabrück

Erscheinungsweise:

Zwei Ausgaben pro Jahr

Ausgabe:

2/2024

Auflage:

Print: 300 Stück – digital: 700

Redaktion:

Henrik Peitsch
oeffentlichkeitsarbeit@gew-osnabrueck.de

Druck:

Druckerei Rietbrock
Natruper Straße 87 – 49170 Hagen a.T.W.
Telefon: 05405/98050

Der PAUKOS ist auf unserer Website online verfügbar!

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen einzelnen Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne vorherige Zustimmung der Herausgeberin unzulässig. Ausnahmen sind gekennzeichnet.

Die abgedruckten Beiträge geben die Meinung der Verfasser*innen wieder.

Wenn es im Einzelfall nicht gelungen ist, Rechteinhaber*innen ausfindig zu machen, werden diese gebeten, sich mit dem Herausgeber in Verbindung zu setzen.



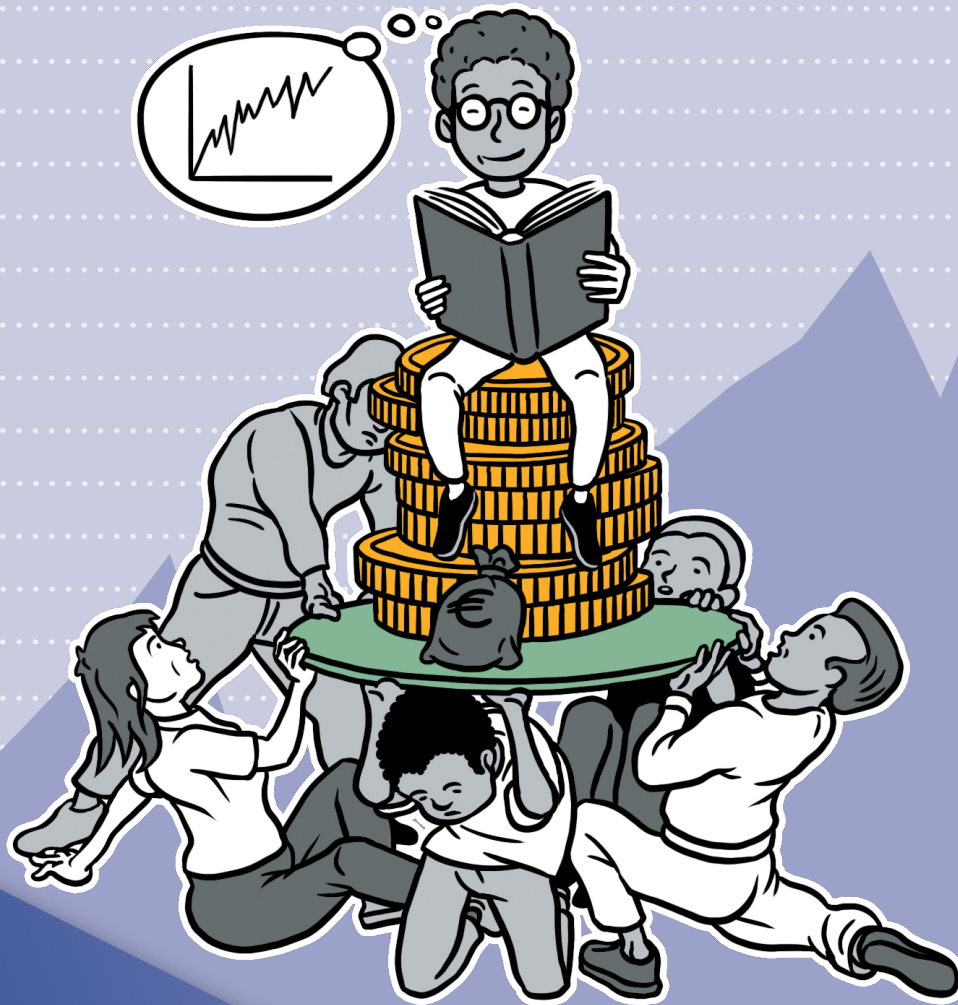
<https://farm4.staticflickr.com>

**GEW Kreisverband
Osnabrück - Stadt**

Sprechstunde: mittwochs von 15:00 bis 17:00 h
(nicht während der Ferien)

Telefon: 0541/259620 - Fax: 0541/260827

gew-osnabrueck@t-online.de
www.os-stadt.gewweserems.de



Thomas Höhne

Finanzbildung als politisches Projekt

Eine kritische Analyse der FDP-Initiative
zur finanziellen Bildung